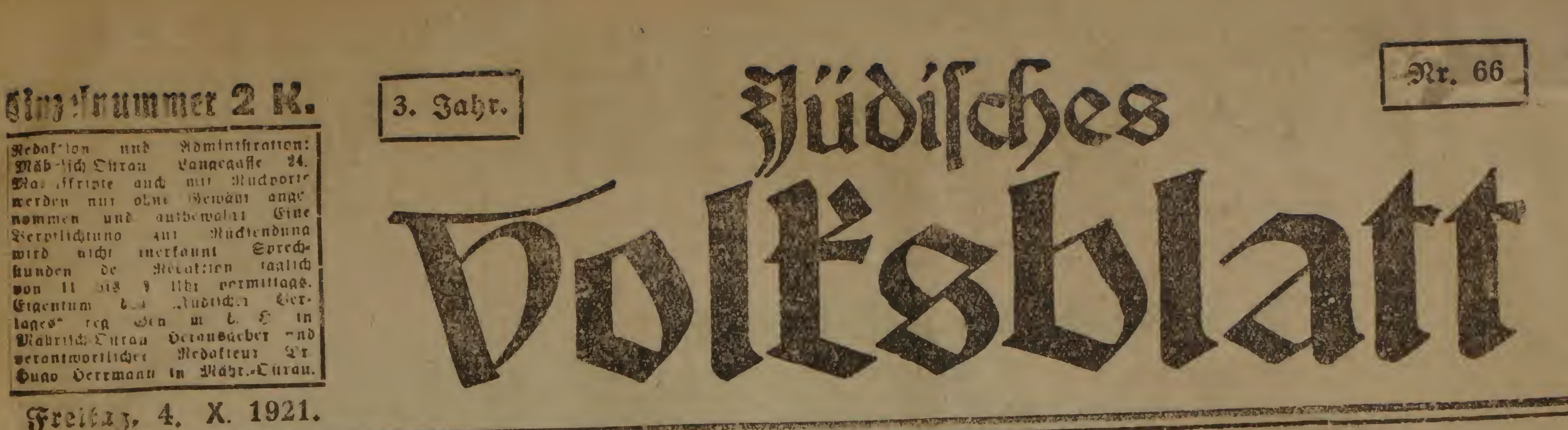


Einzelnummer 2 K.

3. Jahr.

Jüdisches Volksblatt

Nr. 66

Redaktion und Administration: Mährisch Ostrau Langegasse 24. Manuskripte auch mit Rückporto werden nur ohne Gewähr angenommen und aufbewahrt. Eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. Sprechstunden der Redaktion täglich von 11 bis 1 Uhr vormittags. Eigentum des „Jüdischen Verlages“ reg. Gen. m. b. H. in Mährisch-Ostrau. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Dr. Hugo Herrmann in Mähr.-Ostrau.

Abonnement: viertelj. K 20.—, monatl. K 7.—

Das „Jüdische Volksblatt“ ist kein Lokalblatt, sondern als Verlandszeitung dazu berufen, den nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der bewußten Judenschaft im ganzen tschechoslowakischen Staate und in Galizien zu dienen. — Inserate kosten 30 h für die 3fach gespaltene Millimeterzeile. Anträge für Inserate übernehmen außer der Administration alle größeren Annoncenexpeditionen. Erscheint jeden Freitag.

Freitag, 4. X. 1921.

3. Marcheschwan 5682.

Zur Reorganisation der zionistischen Landesbehörden.

Von Dr. Walter Kohner, Karlsbad.

Die zionistische Ortsgruppe Karlsbad stellt dem am 19. und 20. d. M. in Prag stattfindenden zionistischen Distriktstag für Böhmen folgenden Antrag:

„Der Distriktstag beschließt die Schaffung einer Zionistischen Geschäftsstelle in Prag, die auf geschäftlicher Basis beruhend die organisatorischen, propagatorischen und geschäftlichen Agenden des bisherigen Distriktskomitees übernimmt und derart angelegt sein soll, daß sie in Zukunft die Geschäftsstelle der zionistischen Organisation des gesamten Landesverbandes sein kann.

Die Organisierung dieser Geschäftsstelle wird einer Kommision überlassen, die dem nächsten Partei- oder Zionistentag darüber zu referieren hat.“

Hiezu schreibt uns Herr Dr. Kohner:

Vorgeschichte:

Nach dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie standen die bisher eigentlich in gar keinem Zusammenhange gewesenen Distrikte Böhmen, Mähren, Schlesien sowie der neu hinzutretende, bisher noch unorganisierte slowakische und karpathorussische Distrikt vor der Notwendigkeit, zusammenzutreten und im Rahmen des neuen Staatsganzen eine zionistische Einheit zu bilden.

Im Jahre 1919 und 1920 wurde diese Vereinigung durchgeführt, ohne jedoch irgend eine Stelle, am wenigsten die neue Zentralstelle, das Zentralkomitee in Mähr.-Ostrau selbst zu befriedigen.

Die Ursache für das schlechte Funktionieren aller zionistischen Stellen und der ganzen zionistischen Arbeit in diesem Staatswesen selbst wurden von den verschiedenen Tagungen und Faktoren des öfteren untersucht und man hat folgende Gründe dafür angeführt:

a) die schwierigen politischen Verhältnisse, besonders in der Slowakei, die von einem in Böhmen oder Mähren gelegenen Zentrum schlecht oder gar nicht verwaltet werden können und derentwegen man zur Konstituierung von Distriktskomitees in der Slowakei und in Karpathorußland schreiten mußte, ohne die entsprechenden Männer für diese Posten zu haben.

b) Die Wegnahme außerordentlich wichtiger und hervorragender Gesinnungsgenossen durch die Arbeit im Nationalrat (von den 21 Mitgliedern des NR. sind 17 Zionisten — und gewiß nicht die schlechtesten), in welchem sie ihre ganze Arbeitskraft konzentrieren müssen, sodaß sogar das große jüdische Zentrum Prag nicht mehr in der Lage ist, Männer für das Zentral-Komitee, ja nicht einmal mehr für das Distriktskomitee aufzubringen.

Diese zwei Hauptgruppen von Gründen sind gewiß richtig erkannt worden, sie können daher nicht allein die wirksamen Ursachen für unser Arbeit sein; wenn wir bedenken, daß im kongreßlosen Jahr 5680 die Zahl der Schekelzahler 7587, im Kongreßjahr 5681 nur um 9000 betrug, obwohl der Kongreß in diesem Lande stattfand, wenn wir sehen, daß die Zahl der Schekelzahler in Prag gegenüber der Zahl der Juden sehr klein ist, daß große Ortsgruppen weiter schlafen, daß in der ältesten Ortsgruppe Böhmens die Zionisten in absolute Lethargie versunken sind und nicht einmal zu jüdischer Arbeit zu haben sind, daß die Distriktsbehörde, deren Sitz nicht einmal mehr in Prag ist, während ihrer Amtszeit nur ein- oder zweimal an die Ortsgruppen herantritt, so müssen wir zu dem Schluß kommen, daß nur eine gründliche Remedur hieher helfen kann.

Die Ursachen der Krise.

Als Krise kann der gewiß nicht zu schwarz geschilderte Zustand ruhig bezeichnet werden. Wir sehen die Ursache in folgendem: Wir haben keinen Führer und keine Arbeitsmethode und ein veraltetes System.

A. Der Führer.

Es ist wahr, wir können keinen Führer schaffen oder beschließen, einen zu finden. Aber ich möchte sagen, daß wir Führer haben, d. h. Männer von Ansehen und außerordentlichen Fähigkeiten, die unser Vertrauen genießen. Diese Männer aber sind entweder durch politische Arbeit allzusehr in Anspruch genommen oder sie sind aus Gründen nichtzionistischer Art kaltgestellt worden. Vor allem aber sind sie verärgert und überarbeitet im aussichtslosen Kampf mit der falschen Methode und dem veralteten System. Was verlangen wir billigerweise von unserem Führer und was muß er jetzt alles tun? Was dürfen wir verlangen und was nicht?

Wir dürfen und müssen verlangen, daß der Mann, der die zionistische Bewegung in diesem Lande leiten soll, Idealismus, Zielsicherheit, persönliche Ueberzeugungskraft, Beredsamkeit, bürgerlich angesehene Stellung hat, den Zionismus kennt, d. h. den nunmehr schon ganz gewaltigen Fragenkomplex beherrscht. Dieser Mann muß willensbildend sein, das heißt, seine Anschauung vom Zionismus zur Anschauung des offiziellen Zionismus machen können. Er müßte der spiritus rector sein.

Wir dürfen von dem Manne nicht verlangen, daß er selbst Adressen schreibt, d. h. daß er sich selbst um die unzähligen kleinen aber außerordentlich wichtigen geschäftlichen Agenden kümmern, daß er selbst das nötige Geld zusammenbetteln, daß er seine Ideen mühsam gegen hunderte z. T. künstlich und mutwillig konstruierte Hindernisse und Gegenströmungen durchkämpfen muß.

Und wenn dieser Mann sich der zionistischen Arbeit nicht so widmen kann, wie er wollte, weil materielle Hindernisse dem entgegenstehen, so müßten wir ihn bezahlen.

B. Arbeitsmethode.

Unsere Methode ist die der Kongresse und größeren oder kleineren Tagungen und Konferenzen und ganz speziell eine Methode der Resolutionen. Wenn es auf unsere Resolutionen ankäme, wären wir längst am Ziele. Je schwächer innerlich eine Versammlung sich fühlt, desto mehr und weittragendere Resolutionen werden gefaßt. Kein Wort soll damit gegen die Institution als solche gesagt sein. Was uns wertvoll an Tagungen und Konferenzen erscheinen könnte, ist der persönliche Kontakt zwischen den einzelnen Zionisten, die gegenseitige Aussprache, die aber auf der Tagung selbst unmöglich ist, weil sich sonst die Debatte ins Endlose ziehen würde. Außerhalb der Beratungen aber ist keine Zeit mehr. Als stimmungsmachendes, erfrischendes Element kommen Kongresse und Tagungen sehr in Betracht. Sie sind auch notwendig, um Gesetze und Richtlinien für künftige Arbeit aufzustellen, aber zionistische Arbeit — darüber wollen wir uns im Klaren sein — sind sie nicht.

Zionistische Arbeit kann nach wie vor nur von Mann zu Mann geleistet werden. Denn auch die große zionistische Politik wird so gemacht. (Balfour-Sokolow, Brandeis-Wilson etc.). Es kommt also darauf an, die Verantwortung für die Arbeit von einer Körperschaft, einer Konferenz, einer Behörde weg auf den **einzelnen Zionisten** zu übertragen.

C. System.

Vorherrschend scheint mir bei allen führenden Zionisten eine gewisse Ueberschätzung der eigentlichen Situation; daraus, daß der zionistische Gedanke außerordentlich stark geworden ist, daß große politische Erfolge zu verzeichnen sind, daß die effektiven Widerstände gegen die Bewegung innerhalb des Judentums gewiß geringer geworden sind, wird der Schluß gezogen, wir **seien** bereits das ganze jüdische Volk, unser Kongreß sei das jüdische Parlament.

Man sagt: Da wir das jüdische Volk vor der Staatsbildung sind, brauchen wir Verhältnisse, wie sie in einem Staatswesen vorhanden sind. Jeder Jude sei Bürger, der keine besondere Leistung vollbringen muß, die Gliederung der Zionisten habe nach Gesinnungsgruppen und nicht nach Landesverbänden zu erfolgen, der Schekel sei abzuschaffen. (Anträge in der Organisationskommission des Kongresses). Man spricht offen aus, die Zeit der Propaganda sei vorbei, die Zahl der organisierten Mitglieder groß genug, man brauche nicht mehr hinzureißen, die Gründe des Zionismus nicht mehr durch das Judenelend zu bekräftigen; verhängnisvolle Irrtümmer, Lebensfremdheit der zionistischen Führer und Beamten!

Denn wir sind knapp 5 Prozent des jüdischen Volkes, innerhalb des Judentums ist die Zahl der aktiven Gegner geschwunden, die Zahl der Indifferenten, der Noch-Juden, der Passiven, die ihre Trägheit hinter „Sympathie“ verbergen, aber nicht kleiner geworden; im Gegenteil! Je mehr derart schädliche Theoreme verfochten werden, desto größer die Zahl derer, die sagen: Unsere Behörden, unsere Beamten, die werden schon arbeiten, da sie ja dafür bezahlt werden. Kommt es denn in einem Staatswesen darauf an, daß der einzelne mehr tut, als sich zu erhalten?

Unsere Führer und Beamten leben eingesponnen in zionistischen Kreisen, sie kommen, wo immer sie sein mögen, persönlich nur mit den Aktivsten unter uns zusammen, daher sie nie das richtigste Bild bekommen. Denn die Klagen der Aktiven werden mit dem Satze abgetan: So geht es überall! Ja, wenn es überall so geht, wenn in einer Gemeinde nur zwei oder drei arbeiten, wenn überall die Zionisten zu 95 Prozent nur de nomine Zionisten sind, **wo ist denn dann die Stärke der Bewegung?** Dann lassen wir doch lieber die „Größe der Bewegung“ ein rhetorisches Argument sein und richten wir unsere Arbeit nach den Ergebnissen der Wirklichkeit, daß wir noch klein und schwach sind, daß der Funke der Begeisterung unter uns Zionisten, geschweige denn unter der jüdischen Allgemeinheit winzig klein ist, daß die Zeit der Propaganda noch nicht vorbei und die Zeit der kühlen Zahlen leider noch nicht gekommen ist.

In der Zusammenfassung ergibt sich, daß diese drei Gründe, Mangel an Führern, mangelhafte Arbeitsmethode, unrichtige Einstellung erst dadurch zur Geltung kommen, weil uns noch etwas fehlt, das Mängel bei diesen drei Faktoren ausgleichen und unschädlich machen könnte. Das ist der Mangel eines Apparates. In der letzten Zeit hat man mit immer größerer Klarheit den außerordentlichen Wert eines, von den momentanen Parteikonstellationen unabhängigen, automatisch weiterarbeitenden Parteiapparates erkannt. Eine große Reihe ausgezeichneter Beamter sitzt in den Zentralämtern, deren Arbeit bereits eine gewisse Kontinuität verbürgt.

Was ist zu tun?

Wir haben hier in Böhmen und im weiteren Verlauf im ganzen Staatswesen einen Verwaltungsapparat zu schaffen, der die gesamte technische Arbeit nicht nur des bisherigen D. K. sondern auch der einzelnen Ortsgruppen übernimmt. Dieser Zentralapparat, auf kaufmännisch-propagandistische Basis gestellt, hätte unter der Leitung eines erfahrenen und findigen Mannes zu stehen, der, in allen technischen Fragen, Kalkulationen, Arbeitsmethoden autonom, in publizistischen Fragen jedoch das Sprachrohr der zionistischen Leitung sein würde. Diese „Technische Zentrale“, wie man sie nennen könnte, verfügt über eine Druckerei, in welcher nicht nur das oder die Parteiorgane, sondern sämtliche Einladungen, Zirkulare, Eintrittskarten, Plakate, Flugschriften der einzelnen Ortsgruppen und Vereine gedruckt werden. Durch geschickte Verbindung von Annoncen auf Einladungen und Zirkularen können die Kosten derselben herabgedrückt werden. Durch Einprägung von Nationalfonds-Wertzeichen in Drucksachen, Einladungen usw. wird diese Institution gefördert.

Die Zentrale ist Inseratannahmestelle für alle jüdischen und nichtjüdischen Zeitungen.

Sie verfügt über ein genaues Adressenmaterial aller Mitglieder aller zionistischen Vereine, aller Juden in ihrem Wirkungsbereich, nach den verschiedensten Gesichtspunkten geordnet: Stellung zum Zionismus, zur Politik, Vermögensverhältnisse, Berufe usw. sodaß ihre Dienste nicht nur von den zionistischen Behörden, sondern auch von Einzelpersonen, bezw. Geschäften in Anspruch genommen werden könnten.

Die Zentrale übernimmt auch den Versand von all diesen Druckschriften.

Die Bibliothekabteilung verfügt über alle zionistische und propagatorisch wichtige andere Bücher, steht mit den bestehenden Verlagsanstalten in engem Kontakt und verleiht Propagandamaterial. Angeschlossen an diese Abteilung gibt es ein periodisch erscheinendes Organ, das kurz, schlagwortartig den Inhalt aller zionistischen Publikationen enthält.

Eine Zeitungsausschnitt-Abteilung liest und sammelt Material über alle möglichen Themen.

Die Agitationsabteilung führt alle von ihren Standpunkt aus wichtigen Ereignisse in Evidenz, hat ein Verzeichnis aller Redner sowie aller wichtigeren Reden dieser Männer, vermittelt die Vorträge, Konzerte, Lichtbildervorträge, verleiht Musikalien, Theaterstücke, Prologe usw.

Die Finanz- und Paßabteilung vermittelt Pässe, Visa, Ausfuhrbewilligungen usw.

Die Zentrale hat ihre Korrespondenten bei allen Ortsgruppen, in allen Städten, die das Material herbeischaffen.

Das Prinzip dieser Zentrale ist es, keinerlei Dienste unentgeltlich zu tun und womöglich auch keine Gratisdienste zu verlangen. Die Einkommensquellen der Zentrale sind folgende: Zuschlag zum Landesbeitrag, beziehungsweise ein bedeutender Teil der Zionistensteuer, Honorare und Vermittlungsgebühren, Inseratenvermittlung, Abonnements auf Zeitungsausschnitte, Zentralblätter, Provisionen für Bücher und Zeitungen, Leihgebühren.

Eine derartige Zentrale, die hier nur in ihren gröbsten Umrissen geschildert werden konnte, würde bald die hauptsächlichsten Agenden der bisherigen Zentralbehörden übernehmen so daß die Männer, die in der Leitung stehen, sich nicht mit diesen Dingen abgeben müssen. Dadurch werden eine Menge Kräfte für propagatorische Arbeit frei.

Alle Arbeiten, die in der Zentrale vereinigt werden sollen, sind zum Teil bereits in verschiedenen Ländern und auch bei uns im Gange, aber alle auf „behördlichem“ Wege. Wir wissen aber, wie es mit der Bedeutung der zionistischen Behörden steht, wie wenig Respekt sie genießen.

Sollte ein ernstlicher Versuch diesen Teil der zionistischen Arbeit auf kaufmännisch-technische Prinzipien aufzubauen, ihn dadurch allen persönlichen und politischen Konstellationen zu entziehen und dadurch den stabilen Apparat zu schaffen, der ein außerordentlich wesentlicher Teil aller Arbeit ist, nicht ernstlich geprüft werden?

Denn diese Zentrale wird sich in kürzester Zeit nicht nur des Vertrauens aller Zionisten sondern aller Kreise des Judentums erfreuen, wird mit allen Instanzen zusammenarbeiten und dadurch allein eminent propagatorisch wirken. Wird oder kann sie doch eine zionistische Institution sein, die zur Abwechslung einmal dem Einzelnen etwas zu geben im Stande ist, anstatt immer zu nehmen!

Die Kultusgemeinde-Wahl in Prag.

Die „Selbstwehr“ schreibt:

Wenn wir die Bilanz dieser ersten „demokratischen“ Kultusgemeindewahl für uns ziehen wollen, so müssen wir genau das ideelle vom materiellen Ergebnis sondern.

Mit dem ideellen Ergebnis können wir zufrieden sein.

Jahrelang hatte die Kultusgemeinde in totenähnlicher Erstarrung gelegen. Man hatte in bürokratischer Weise gewisse überkommene Geschäfte des Kultus und der Armenpflege geführt. Fernab von der jüdischen Oeffentlichkeit walteten einige Herren von ihren Vormännern mehr ernannt als von jemandem wirklich gewählt ihres Amtes. Sehr wenige interessierten sich für die ganze Sache; im Grunde hauptsächlich die Nutznießer der Stiftungen. Parteien gab es keine. Es gab nur Personen mit Eigenheiten.

Wir Zionisten haben mit einer Zähigkeit, deren Anerkennung wir uns selbst nicht zu versagen brauchen, gegen diese Wirtschaft gekämpft; lange Jahre vergebens. Wir haben Gemeindeprogramme aufgestellt, die Aufgaben der Gemeinde diskutiert — auch diese Blätter haben ihren Teil daran — haben immer wieder ein demokratisches Wahlrecht verlangt, kunstvoll eine Art Oeffentlichkeit der Repräsentanz-Sitzungen geschaffen. Wir haben immer wieder den Weg der Kultusgemeinde in der Richtung zur Volksgemeinde gezeigt, ihr große Aufgaben nicht nur des Kultus, sondern auch der jüdischen Kultur, Erziehung und Schule, des sozialen Lebens und der konstruktiven Fürsorgetätigkeit zugewiesen, vor allem aber in ihr den Ort erkannt, wo alle kulturellen und nationalen Arbeiten der Jude dieser Stadt ihren natürlichen Mittelpunkt haben.

Wir feiern an dem Tage, an dem wir mit kaum einem Viertel der Mandate aus dem Wahlkampf hervorgehen, einen vollständigen Sieg unserer Idee. Das demokratische Wahlrecht ist — wenn auch, wie es sich jetzt herausstellt, in höchst fragwürdiger Weise — jedenfalls im Prinzip eingeführt, es herrscht ein ungeheures Interesse für die Kultusgemeinde. Juden, die weit ab von unserer Gemeinde waren, haben plötzlich ihr Herz für sie entdeckt. Die alte Rathauspartei preist sie als eine Mutter in Israel. Sämtliche Parteien stellen ein Gemeindeprogramm auf, das mit größerer oder geringerer innerer Ueberzeugtheit unser Gemeindeprogramm reproduziert. Die Wahlen selbst haben eine Stimmenanzahl aufzuweisen, die von 100 Prozent der Wahlberechtigten nicht weit entfernt ist, wenn sie nicht 100 Prozent überschreiten. Wenn die Parteien halten werden, was sie in ihren Programmen versprochen haben, dann wird es in der Repräsentanz eine gute Arbeit geben und eine Arbeit in unserem Sinne.

Mit unserem idealen Erfolg können wir zufrieden sein.

Nicht so mit dem materiellen. Es wäre ja leicht auch mit diesem zufrieden zu sein. Man braucht nur daran zu denken, daß zum ersten Mal zionistische Repräsentanten in die alte Prager jüdische Gemeindestube einziehen, und daß wir hier endlich einmal Männer sitzen haben werden, welche auch hier unsere Ideen vertreten werden. Man braucht weiter nur daran zu denken, daß neben unserer national-jüdischen Partei auch noch die Mittelstandspartei steht, welche nach der Vergangenheit der meisten ihrer prominenten Männer, die in den bisherigen politischen Kämpfen stets die Bestrebungen des jüdischen Nationalrates unterstützt haben, wohl auch als „bewußt jüdische Partei" bezeichnet werden muß. Trotzdem sind wir lieber unzufrieden, als zu leicht zufrieden. Ob nämlich eine Partei den Ausfall einer Wahl als materiellen Erfolg verkünden will oder nicht, hängt von ihren Absichten ab; ob sie nach Außen oder nach Innen wirken will, ob es ihr auf Prestige oder auf Pädagogik ankommt. Wir halten uns an die Pädagogik und darum sind wir mit dem Erfolg nicht zufrieden.

Wir hätten mehr Mandate bekommen müssen, als wir bekommen haben und wir hätten auch mehr bekommen können, wenn wir mehr gearbeitet hätten, wenn wir gründlicher gearbeitet hätten, wenn wir im Innern gefestigter gewesen wären, wenn ein jeder Mann, der zu uns gehört, auf seinem Posten gestanden wäre.

Gewiß, wir haben es weit schwerer als alle übrigen Parteien. Wir sind mit einem rein-zionistischen Programm gekommen, das Verpflichtungen auferlegt. Die anderen — versprechen, und wir — verlangen. Die anderen erzählen von — praktischen Vorteilen, und wir — von Opfern. Die anderen agitieren mit — Pogromdrohungen, wir mit — ethischen Verpflichtungen.

Aber gerade dieser Unterschied muß unsere Arbeit erst die Durchschlagskraft verleihen. Die Idee, der wir dienen und die alle örtlichen und zeitlichen Programme überragt, muß unsere Werbearbeit beflügeln. Unsere Organisation muß so geartet sein, daß ein jedes Mitglied imstande ist, die Idee, die ihn erfüllt, auch im anderen zu entfachen. Wir haben es diesmal nicht vermocht, alle diese ideellen Kräfte anzuspannen und überall dort geltend zu machen, wo es uns möglich gewesen wäre.

So . . . hätten wir sprechen müssen, wenn das, was sich hier am Sonntag und an den vorhergehenden Tagen abgespielt hat, wirklich eine ernste Wahl gewesen wäre. Leider war es das Gegenteil. Wir wollen hier nicht über den kläglichen Zustand des Wahlkatasters sprechen, der nur wenigen Toten ihre Ruhe im Grabe gönnte und sie mitten in den politischen Kampf riß — es kursierte der bezeichnende Witz, daß sich die Toten des alten Judenfriedhofs beschwert hätten, warum man nur die Toten des neuen Friedhofs zur Wahl zuließe — und in dem verheiratete Frauen auch noch unter ihren Mädchennamen eine zweite, sonst wenig beachtete Existenz führten. Weit ärger ist die Briefwahl und ihre Folgen. Die Briefwahl hat aus dieser Wahl eine lächerliche Komödie gemacht. Von 10.000 Wählern, die wirklich gewählt haben, waren bei der Wahlurne kaum mehr als 900!! erschienen. Die Wahl bestand in Wirklichkeit darin, daß man bei Bekannten und Unbekannten Legitimationskarten sammelte. Die Kadidaten wanderten selbst von Haus zu Haus oder schickten Dienstleute, Austräger oder bezahlte Agitatoren aus, mieteten Beschäftigungslose, setzten Prämien für Legitimationen aus und so brachte man auf alle möglichen und unmöglichen Arten die begehrten Legitimationen herein. Der Herr „So und so" läßt sich empfehlen; das Dienstmädchen brachte bereitwillig das Gewünschte. Der Herr Chef, der Prokurist, der Disponent, der Advokat, der Arzt, der Kollege, der Vereinsbruder, der Freund und der Onkel und der Neffe — sie alle ließen sich empfehlen und sie erhielten, je nach dem Grad ihres Einflusses — was sie verlangten, wenn nicht eine andere Partei bereits das Prävenire gespielt hatte. Jünglinge kamen und erzählten, die Wahlen seien abgesetzt oder drohten mit Pogromen oder mit schlechtem Geschäftsgang . . . Die Parteien brachten die Legitimationen, die sie gesammelt und eingetauscht hatten, schließlich in großen Paketen zur Urne. — Das war die demokratische Wahl. Es kam nicht auf Programme und auf Parteien an, es kam auf die Beziehungen und persönliche Tätigkeit der Kandidaten an, auf die Größe des Wahlfonds, mit dem man die Agitatoren bezahlte und auf das Maß der politischen Skrupellosigkeit.

So sagen wir denn, wir sind mit dem Erfolg nicht zufrieden. Aber wir erlassen uns für diesmal die pädagogischen Ermahnungen an uns selbst. Wir brauchen uns keine Vorwürfe zu machen, daß wir diesmal nicht mit konnten; wir hoffen, daß es nicht nötig war, aus dieser Wahl etwas zu lernen. Denn es wird die erste und wichtigste Pflicht unserer Vertreter sein, ein ernstes demokratisches Wahlrecht zu schaffen, damit sich dieser Skandal nicht noch einmal wiederholt. Dann werden vielleicht bei der nächsten Wahl wieder die Mittel der Ueberzeugung der Inhalt des Programms und die Propaganda der Idee den Ausschlag geben.

—uch.

Die Beschlüsse des XII. Kongresses.

Vorbemerkung.

Der zwölfte Zionistenkongreß in Karlsbad hat eine große Anzahl von Beschlüssen gefaßt, die für die künftige Stellung der Zionistischen Organisation und für ihre Arbeit von weittragender Bedeutung sind. Diese Beschlüsse sind bisher nur in den Preßeberichten über den Kongreß publiziert, so daß ein klarer Ueberblick fehlt. Es wäre unserer Ansicht nach Pflicht der zionistischen Leitung gewesen, eine systematische Zusammenstellung aller Kongreßbeschlüsse sogleich nach Beendigung des Kongresses zu veröffentlichen. Da dies bisher nicht geschehen ist, die systematische Darstellung der Kongreßbeschlüsse jedoch von der zionistischen Arbeit überall dringend erfordert wird, haben wir die Resolutionen des Kongresses auf Grund des Materiales der offiziellen Kongreßzeitung zusammengestellt und legen sie nachstehend der zionistischen Oeffentlichkeit vor. Sie wird daraus neuerlich ersehen, daß der Kongreß nicht nur eine großartige Manifestation der zionistischen Idee war, sondern auch ein gewaltiges Stück positiver Arbeit geleistet hat; sie wird ebenso deutlich daraus erkennen, daß der Kongreß uns die Anspannung aller Kräfte zur unausweichlichen Pflicht gemacht hat.

*

Zur Darstellung sei bemerkt: Nur die gefaßten Beschlüsse sind als „Ref. 1" usw. bezeichnet. Bei jedem Beschluß ist in Klammern der Antragsteller angeführt; wo kein Antragsteller angegeben ist, wurden die Anträge von der betreffenden Kommission des Kongresses gestellt. Die Einbringer von Amendements sind nicht angegeben; doch sind natürlich die angenommenen Amendements im Text berücksichtigt. In kleinerem Druck und außerhalb der fortlaufenden Nummerierung der Resolutionen sind jene Anträge angeführt, die vom Kongreß der Exekutive dem A. C. und dergl. überwiesen wurden.

I. Allgemeines.

Resol. 1. Aufruf.

An das jüdische Volk in der Verbannung!

Vor vierundzwanzig Jahren hat der erste Basler Kongreß die Fahne der Wiedergeburt und Erlösung entfaltet. Er hat vor der ganzen Welt verkündet, daß das jüdische Volk lebt, daß es seine Kräfte sammelt, um sein Vaterland wieder zu begründen, um sein nationales Heim in Erez Israel wieder aufzubauen, um seine Zerstreuten zu sammeln, um seinen Geist aus der Verbannung zu befreien. Unter dem Ruf des ersten Basler Kongresses, der in alle Länder der Zerstreuung drang, erzitterte das Volk. Es scharte sich um die Fahne des neuen Lebens. Es ging an das schwere Werk der Befreiung und des Aufbaues. Unbeirrt von Unglück und Leid, unbeirrt von allen Störungen und Hemmnissen, hat dieses Werk keinen Augenblick geruht. Die Kräfte des Volkes wurden geweckt und sammelten sich. Der jüdische Besitz in Erez Israel wurde vergrößert und verstärkt. Es entstand in Erez Israel jüdisches Leben und hebräische Kultur, die Keime des künftigen freien Lebens.

Als der Weltkrieg kam, stand unsere Schar fertig und gerüstet da für das Werk der Wiederbelebung. Wir waren bereit in der großen Zeit der Zerstörung und des Aufbaus die Hoffnungen des Volkes zu erfüllen. Aus der Niederung von Schmerz und Qual kam die brennende Sehnsucht nach Freiheit und Erlösung, die Sehnsucht, mit den andern unterdrückten Völkern zu Freiheit und Erlösung zu gelangen.

Unsere Anstrengungen in der ganzen Welt insbesondere in England, Frankreich, Italien und in Amerika, haben Frucht getragen. Völker und Staaten anerkannten unser Anrecht auf den Aufbau unseres nationalen Heims. Es öffnete sich der Weg, unser Vaterland mit der Arbeit unserer Hände wieder zu erwerben, mit unserem Gut und unserem Blut. Der Weg zum neuen Leben war frei. Es fehlte nur die Anstrengung, welche dem erhabenen Ziel entsprach.

Sie ist noch nicht gekommen. Wohl haben sich die Reihen unserer Freunde verstärkt, wohl haben sich starke Kräfte aus allen Schichten unseres Volkes, aus allen Landen der Zerstreuung gesammelt; wohl haben sich unsere Mittel vermehrt. Aber all dies kann noch nicht schaffen das Wunder der Wiedergeburt des jüdischen Volkes, das Wunder der Rückkehr nach Zion. Wir wissen: Leiden und Pein, einzig in der Geschichte unseres Martyriums, haben uns gehindert, die Größe der Stunde wahrzunehmen, uns und die jüdischen Massen in der Zerstreuung, die stets Stütze und Stab unseres zionistischen Strebens waren, die stets die Quelle schöpferischer Kraft waren für unser neues nationales Leben. Aber uns drängt die große Stunde, in welcher unsere Welt in Erez Israel zu Leben und Licht erwacht. Wir können nicht warten.

Schon ist durch die Schwäche unseres Bemühens unser Werk in Erez Israel gefährdet. Israels Blut ist geflossen in Israels Land, das Blut unserer Kinder, die ihr Herz geweiht haben auf dem Alter des heiligen Vaterlandes für die Freiheit des Volkes. Dieses Blut ist das Blut des Bundes. Es verklärt ihn mit neuer Weihe.

Aus der Schwäche unseres schöpferischen Strebens ist politische Schwäche entstanden. Ein Schatten fällt auf unsere Rechte, die wir uns im Krieg und im Friedensschluß erworben haben.

Volk Israels! Die Stunde ist ernst. Es mehren sich die Störungen und Hindernisse. Die Feinde, die unsere Hoffnung erdrosseln wollen, heben die Köpfe. Die Stunde der ernsten, schweren Prüfung ist gekommen. Unser Volk muß seine schaffenden und bauenden Kräfte zusammenraffen, es muß ungeheure Mittel schaffen, damit wir unsere Arbeit und unseren Willen über das Land ergießen und seine Bewohner in diesem Strom mitreißen können!

Jüdisches Volk!

Diese Stunde darfst du nicht versäumen! Leben und Vermögen, Werk und Wirken mußt du opfern! Man darf nicht sagen, daß wir die Größe des Augenblicks nicht erkannten, daß wir uns vergingen gegen die Seele unseres Volkes! Schließt euch zusammen in der Arbeit an dem großen Wunder, welches seines Gleichen nicht findet in der Geschichte der Menschheit! Bauet Zion! Bringe Erlösung dem Volk und dem Vaterland!

Resol. 2. Decharge.

Der Kongreß spricht den Präsidenten Chaim Weizmann und Nahum Sokolow Dank und Anerkennung für ihr politisches Werk aus und erwartet, daß die Errungenschaften ihrer Arbeit, der Kabinettsbeschluß der britischen Regierung vom 2. November 1917 (Balfour-Deklaration) und der Beschluß von San Remo, in Erez Israel bald ihre volle Verwirklichung finden werden. Der Kongreß erteilt der Exekutive mit dem Ausdrucke des Dankes die Decharge.

(Misrachi und Block allgemeiner Zionisten).

Resol. 3. „Religiöse Resolution".

In den öffentlichen Handlungen der von der Zionistischen Organisation gegründeten, erhaltenen und subventionierten Institutionen darf nichts geschehen, was gegen die jüdische Tradition verstößt. Die Leitung der Zionistischen Organisation hat die Durchführung dieses Beschlusses zu sichern. (Dr. Chajes).

II. Politik.

Resol. 4. Die Balfour-Deklaration.

Der zwölfte Zionistenkongreß erklärt im Namen des jüdischen Volkes:

In diesen acht Jahren, in denen wir uns nicht versammeln konnten, ist der Großteil unseres Volkes schwerer betroffen worden, als je zuvor in den von Not und Pein erfüllten Jahrtausenden unseres Exils.

Zu derselben Zeit empfing das jüdische Volk eine Botschaft des Trostes. Sie verhieß ihm die Bedingung, deren seine Sehnsucht und sein unablässiges Streben nach einer Wiedergeburt durch die Neuaufrichtung seines nationalen Heims, die Begründung eines freien, einigen und allseitigen Volkslebens in seiner Heimat zu seiner Erfüllung bedürfen: die Bürgschaft des ungestörten Aufbaues.

Ergriffen und dankbar vernahm das jüdische Volk die unter Zustimmung der Völker erfolgte Erklärung der britischen Nation, die unter dem Namen der Balfour-Deklaration in die Geschichte eingegangen ist, die Kundgebungen Frankreichs und Italiens und ihre Bestätigung und Bekräftigung durch den Beschluß der Mächte in San Remo.

Das jüdische Volk wartet auf die Verwirklichung dieser Erklärungen und dieses Beschlusses. Es erwartet, daß in Erez Israel ehestens politische, administrative und wirtschaftliche Bedingungen geschaffen werden, die die Errichtung des nationalen Heims sichern, und zwar im Sinne der von England abgegebenen und von den anderen Mächten bestätigten Deklaration vom 2. November 1917.

Das jüdische Volk, das heute sich aus Erschütterung und Zerrissenheit wieder zusammenzuschließen beginnt, will all seine Kraft sammeln, um das Werk zu vollbringen.

Resol. 5. Das Mandat.

Der zwölfte Kongreß erklärt, daß die baldige Bestätigung des Palästinamandats durch den Völkerbund für die Sicherung der Ordnung, die Entwicklung des Landes und den schleunigen Aufbau des nationalen Heims dringend notwendig ist.

Wiewohl der Mandatsentwurf mannigfache Lücken aufweist und vielen von den Zionistischen Organisationen vorgelegten Forderungen nicht entspricht, drückt der Kongreß seine Ueberzeugung aus, daß die Bestätigung des Mandats das Feld öffnen wird für eine gesetzlich geregelte, gedeihliche und produktive Arbeit des jüdischen Volkes zwecks Errichtung seiner nationalen Heimstätte und zum Wohle der gesamten Bevölkerung Palästinas.

Resol. 6. Die Grenzfragen.

Der Kongreß nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, daß das Ostjordanland, welches das jüdische Volk stets als integralen Teil Erez Israels betrachtet hat, in das Mandatsgebiet Palästinas wieder eingeschlossen werden soll. Mit Bedauern muß der Kongreß feststellen, daß die Frage der Nordgrenze von Erez Israel trotz aller Bemühungen der Exekutive einer zufriedenstellenden Lösung bis jetzt nicht zugeführt werden konnte. Der Kongreß fordert die Exekutive auf, auch fernerhin keinen Schritt unversucht zu lassen, damit die administrative und wirtschaftliche Einheit Palästinas der Einflußsphärenpolitik nicht preisgegeben wird und die Siedlungsmöglichkeiten für die Arbeit suchenden jüdischen Massen nicht geschmälert werden. Der Kongreß hofft, daß die Regierung der französischen Republik den Interessen des jüdischen Volkes in dieser Richtung entgegenkommen wird.

Resol. 7. Die Mai-Exzesse.

Der zwölfte Kongreß erachtet es als seine heilige Pflicht, feierlich Protest zu erheben gegen die im Mai d. J. von dem verhetzten arabischen Mob an der jüdischen Bevölkerung Jaffas und der Kolonien Judäas und Samariens verübten Blut- und Gewalttaten, und bedauert feststellen zu müssen, daß diese Taten bis heute nicht die angemessene Sühne gefunden haben. Der Kongreß weist insbesondere auf die Tatsache hin, daß die bestialische Ermordung des hervorragenden Schriftstellers Brenner und seiner Kollegen bislang ungeahndet geblieben ist. Mit aller Entschiedenheit muß der Kongreß Verwahrung einlegen gegen die im Zusammenhang mit den Maiexzessen erfolgte Sperre der Einwanderung nach Erez Israel, die auch später nicht völlig aufgehoben, sondern lediglich von weitgehenden Einschränkungen abgelöst wurde. Desgleichen muß sich der Kongreß entschieden dagegen aussprechen, daß eine Anzahl von Juden im Zusammenhang mit den Maiereignissen aus politischen Gründen auf administrativem Wege aus Erez Israel ausgewiesen worden sind. In diesen Maßnahmen, die geeignet erscheinen, die gewissenlosen Hetzer und Gewalttäter zu weiteren Ausschreitungen aufzumuntern, erblickt der Kongreß eine schwere Verletzung unserer Rechte und Lebensinteressen. Der Kongreß erklärt vor aller Welt, daß die freie Einwanderung nach Erez Israel ein unantastbares Recht des jüdischen Volkes ist, das ihm unter keinen Umständen vorenthalten werden darf. Die innere Regelung der Einwanderung nach Erez Israel nach Maßgabe der Aufnahmefähigkeit des Landes ist Sache des jüdischen Volkes und seiner organisierten Vertretung, der Zionistischen Organisation, in Verständigung mit der Administration Palästinas.

Der zwölfte Kongreß gibt seiner festen Ueberzeugung Ausdruck, daß nur eine *gerechte, entschiedene Politik gleicher Rechte und gleicher Pflichten für alle Bevölkerungsteile* in Erez Israel, nur die strenge unnachsichtige Wahrung der Gesetzlichkeit und der Sicherheit der Person und des Eigentums, nur eine *ehrliche folgerichtige Politik auf Grundlage der Balfour-Deklaration* Erez Israel den Frieden geben und die Basis schaffen werden für ein gutes Einvernehmen und ein friedliches Zusammenarbeiten der Juden und Araber zum Wohl und Segen des Landes und seiner gesamten Bevölkerung.

Der zwölfte Kongreß nimmt mit Befriedigung Kenntnis von den Schritten, die die Exekutive auf Grund der Beschlüsse der Prager A. C.-Tagung bei der britischen Regierung unternommen hat, und fordert sie auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Postulate ehestens durchzusetzen.

Resol. 8. Verhältnis zu den Arabern.

Mit Trauer und Empörung hat das jüdische Volk die Ereignisse der letzten Zeit in Palästina durchlebt. Die feindliche Haltung der durch gewissenlose Elemente verhetzten Teile der arabischen Bevölkerung Palästinas, die in blutigen Gewalttaten zum Ausbruche gekommen ist, kann weder unsere Entschlossenheit zur Errichtung des jüdischnationalen Heimes schwächen, noch unseren Willen, *mit dem arabischen Volk in einem Verhältnis der Eintracht und der gegenseitigen Achtung zu leben* und im Bunde mit ihm die gemeinsame Wohnstätte zu einem blühenden Gemeinwesen zu machen, dessen Ausbau jedem seiner Völker eine ungestörte nationale Entwicklung sichert. Die zwei großen semitischen Völker, die schon einmal das Band gemeinsamer kultureller Schöpfung verknüpfte, werden auch in der Stunde ihrer nationalen Wiedergeburt ihre Lebensinteressen zu gemeinschaftlichem Werk zu vereinigen verstehen.

Der 12. Zionistenkongreß fordert die Exekutive auf, ihre Bemühungen um eine *aufrichtige Verständigung mit dem arabischen Volke* auf Grundlage dieser Erklärung

und unter uneingeschränkter Wahrung der Balfour-Deklaration in erhöhtem Maße fortzusetzen. Der Kongreß betont ausdrücklich, daß die jüdische kolonisatorische Arbeit die Rechte und Bedürfnisse des arbeitenden arabischen Volkes nicht beeinträchtigen wird.

Resol. 9. Zionistische Organisation und Jischuw.

Der XII. Zionistenkongreß begrüßt die Bestrebungen und die Wirksamkeit des Jischuw in Erez Israel, die dessen Organisierung zum Gegenstand haben. Der Kongreß erblickt in der Assifath-niwcharim (Versammlung der gewählten Vertreter) der Judenheit Erez Israels, in dem von dieser gewählten Vaad Leumi (Nationalrat) und in den einheitlichen Gemeinden, deren Vorstände aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen sind, die Grundlage für die Organisierung des jüdischen Volkes in Erez Israel. Der Kongreß verpflichtet die ausführenden Organe der Zionistischen Organisation, den Jischuw Erez Israels in seinen Bestrebungen zur Erlangung von Verwaltungs- und Repräsentationsrechten für diese seine Institutionen, namentlich aber zur Erlangung des Besteuerungsrechtes für die Bedürfnisse der Gemeinden und der zentralen Einrichtungen des Jischuw tatkräftig zu unterstützen.

Der Kongreß legt der Leitung der Zionistischen Organisation die Pflicht auf, in ihrer gesamten Tätigkeit in Erez Israel den Vaad Leumi zur Mitarbeit heranzuziehen. Die Formen dieses gemeinsamen Wirkens sollen zwischen dem Aktionskomitee und dem Vaad Leumi vereinbart werden.

Resol. 10. Delegationen.

Der Kongreß beschließt die Entsendung von Delegationen nach Palästina, London, Genf und Washington zwecks Wahrung unserer Interessen und Führung der erforderlichen Verhandlungen; der Kongreß beauftragt die Exekutive, die Wahl der Delegationen auf der ersten Sitzung des Aktionskomitees gemeinsam mit diesem vorzunehmen.

Resol. 11. Nationale Diaspora-Arbeit.

Der XII. Kongreß bestätigt das Manifest des Kopenhagener Büros der Zionistischen Organisation, in welchem die Erreichung der nationalen Rechte für die Teile des jüdischen Volkes proklamiert ist, die im Galuth leben und diese Rechte verlangen, als eines der Ziele, welche die zionistische Organisation sich während des Krieges gestellt hat.

Der XII. Kongreß begrüßt die Beteiligung der Leitung wie auch der verschiedenen zionistischen Landesorganisationen an den Delegationen der verschiedenen jüdischen Gruppen, welche bei der Friedenskonferenz den Kampf für die Anerkennung der nationalen Minderheitsrechte für die Juden in den neu entstandenen Staaten und auch in jenen, deren Grenzen sich ausgedehnt haben, durchgeführt haben, wie auch ihre Beteiligung bei der Gründung und der Arbeit im Comite der delegations juifes.

Der XII. Kongreß konstatiert, daß dieser Kampf zu den Verträgen über den Schutz der Minderheitsrechte in verschiedenen Staaten für die nationalen Minderheiten überhaupt und für die jüdischen im besonderen geführt hat und daß in diesen Verträgen die jüdischen nationalen Forderungen nur teilweise angenommen wurden.

Der Kongreß begrüßt die zionistischen Landesorganisationen und Sonderverbände und ihre Vertreter in den Parlamenten Osteuropas, die den unermüdlichen und mutigen Kampf für die Anerkennung des jüdischen Volkes in seinen Wohnländern und für die Durchführung der nationalen Minderheitsrechte geführt haben. Der Kongreß erklärt, daß die politische Arbeit in den Galuthländern, die ein integrierender Teil der ganzen zionistischen Arbeit ist, bloß in der Kompetenz der Landes- und Sonderverbände liegt, die auf diesem Geiste selbständig und von der Leitung der allweltlichen zionistischen Organisation unabhängig sind.

Resol. 12.

Der Kongreß fordert die Exekutive auf, im Einvernehmen mit dem A. C. sämtliche von dem politischen Ausschuß gemachten Anregungen und Vorschläge zu verwirklichen.

Jüdischer Weltkongreß.

Folgender Zusatz zur Resolution 12 wird der Exekutive zu gemeinsamer Beratung mit dem A. C. übergeben:

Der Kongreß empfiehlt dem A. C., im Einvernehmen mit der Exekutive des amerikanisch-jüdischen Kongresses, dem Waad Haleumi Palästinas und anderen jüdischen demokratischen Organisationen die nötigen Schritte für die Einberufung eines jüdischen Weltkongresses zu unternehmen, dessen Aufgabe es sein soll, alle jüdischen Volkskräfte für den Aufbau Palästinas sowie für den Kampf um die nationalen Rechte in den verschiedenen Ländern zu organisieren
(Kaplansky.)

Parteiorgan

Folgender Antrag wird an das A. C. überwiesen:

Der Kongreß beschließt, es möge von der Exekutive ein offizielles Organ in hebräischer Sprache herausgegeben werden, welches in London oder dort, wo es für nötig befunden wird, zu erscheinen hat. (Kleinmann.)

III. Organisation.

A. Allgemeines.

Resol. 13. Organisationsstatut.

(Das neue Organisationsstatut ist bisher, auch in der Kongreßzeitung, der Oeffentlichkeit nicht zugänglich gemacht.)

Resol. 14. Statutenkomitee.

Der Kongreß wählt ein aus sechs Personen bestehendes Subkomitee. Nach Beratung mit diesem Komitee hat die Exekutive der nächsten Sitzung des Zentralrates die Entwürfe: 1. eines Wahlreglements, 2. einer Geschäftsordnung für den Kongreß, 3. einer Geschäftsordnung für den Zentralrat vorzulegen. Das vom Zentralrat beschlossene Wahlreglement sowie die Geschäftsordnung sollen bis zur Beschlußfassung durch den nächsten Kongreß provisorisch Geltungskraft besitzen. Die Exekutive wird bevollmächtigt, im Einvernehmen mit dem Statutenkomitee etwaige stilistische Unebenheiten in dem von diesem Kongreß beschlossenen Statut zu beseitigen.

Resol. 15. Teilnahme des Vaad Leumi.

Die Exekutive soll im Einvernehmen mit dem Aktionskomitee die Frage einer Zuziehung von zwei Vertretern des Vaad Leumi zu den Arbeiten der Exekutive in Palästina einer Erledigung zuführen.

B. Finanzen.

Der Schekel.

Folgender Antrag der Finanz- und Budgetkommission wurde auf Vorschlag von Ehrenreich zurückgestellt und gelangte nicht mehr zur Abstimmung; er ist als Material für die Exekutive anzusehen, soweit es sich nicht ohnehin mit § 61 des Org.-Statuts deckt:

Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Valutaverhältnisse wird der Schekel folgendermaßen festgesetzt:

1. Für die Vereinigten Staaten und Kanada = ein Dollar.

2. Für Großbritannien, die britischen Dominions und sonstige Länder mit normaler Valuta = der Preis von 2 Shilling 6 Pence oder deren Gegenwert.

3. Die Festsetzung der Höhe des Schekels für Länder mit entwerteter Valuta wird der Exekutive im Einvernehmen mit der Landesorganisation überlassen. Sollte ein Einvernehmen nicht zu erzielen sein, entscheidet das Aktions-Komitee.

Für die Föderation gilt die Höhe des Schekels nach den verschiedenen Ländern.

Die Föderationen und Landsmannschaften sind verpflichtet, mit der Schekelsammlung für das Jahr 5682 sofort zu beginnen und den Betrag in folgenden Raten abzuführen:

Ein Drittel bis längstens 1. Tebeth 5682.
Ein Drittel bis längstens 1. Nissan 5682.
Ein Drittel bis längstens 1. Tamus 5682.

Resol. 16. Deckung der Verwaltungskosten.

Die Kosten der Verwaltung der Organisation müssen durch die Landesorganisationen und Föderationen voll gedeckt werden. In erster Linie dient hiezu der Schekel. Ein etwaiger Fehlbetrag wird von den Ländern und Föderationen nach Maßgabe eines von der Exekutive festzusetzenden Schlüssels umgelegt.

Resol. 17. Subventionen.

Die Frage, ob und inwieweit die Föderationen oder Landsmannschaften besondere Subventionen zu erhalten haben, wird der Entscheidung der Exekutive überlassen.

Resol. 18. Finanzkontrolle.

1. Jede Landsmannschaft wird verpflichtet, aus ihrer Mitte einen Revisor zu ernennen, der mindestens vierteljährig die Eingänge für sämtliche allgemeinen zionistischen Zwecke bei der betreffenden Landsmannschaft auf Grund der Belege zu prüfen und dem Finanz-Departement (Treasury Departement) der Exekutive in London einen ausführlichen Bericht zu erstatten hat. Die Sammlungen für die lokalen Bedürfnisse der Landsmannschaften sind in diesen Bericht nicht einzubeziehen.

2. Die Revisoren haben dafür zu sorgen, daß die einzelnen Landsmannschaften, soweit dies bisher noch nicht der Fall ist, eine regelrechte Buchführung über Einnahmen und Ausgaben führen. Das Finanzdepartement der Exekutive hat dafür zu sorgen, daß sämtliche Landsmannschaften ihre Bücher möglichst nach einem einheitlichen System führen.

3. Die Landsmannschaften sind verpflichtet, sämtliche Geldeingänge in den zionistischen Organen ihrer Länder detailliert zum Ausweis zu bringen. Wo dies aus technischen und sonstigen Gründen nicht möglich ist, sind die Landsmannschaften verpflichtet, der Exekutive detaillierte Aufstellungen monatlich zu übersenden.

4. Die Landsmannschaften sind verpflichtet, die bei ihnen im Laufe eines Quartals eingegangenen Gelder spätestens während der ersten Hälfte des neuen Quartalmonats bei den lokalen Bankkorrespondenten der Jüdischen Kolonialbank in London für Rechnung der Londoner Exekutive einzuzahlen und die Treasury in London rechtzeitig davon zu benachrichtigen.

C. Beamtenwesen.

Resol. 19. Besetzung von Beamtenstellen.

Die Besetzung der Beamtenstellen, insbesondere in den zionistischen Zentralämtern, hat auf Grund einer öffentlichen Konkursausschreibung zu erfolgen. Die erfolgte Vergebung einer Stelle hat publiziert zu werden. (Dr. Krämer.)

Resol. 20. Hebräisch-Kenntnis.

Sämtliche neu anzustellenden Beamten haben die Kenntnis der hebräischeen Sprache in Wort und Schrift nachzuweisen; die bereits angestellten Beamten haben diesen Nachweis binnen Jahresfrist zu erbringen.

(Salzmann-Dr. Bierer.)

Resol. 21. Beamtenorganisation.

Der Kongreß nimmt folgende Mitteilung zur Kenntnis:

„In der Versammlung vom 8. September, welche von Beamten der verschiedenen zionistischen Organisationen und Institutionen zahlreich beschickt war, wurde die Gründung eines „Gesamtverbandes der zionistischen Beamten" beschlossen. Der Verband hat die Vertretung der Interessen der zionistischen Beamtenschaft zum Zweck. Die Regelung ihrer Stellung ist im eigensten Interesse der Zionistischen Organisation selbst gelegen. Der bisherige Zustand, wonach die Betätigung als zionistischer Beamter für die meisten eine Episode, nicht aber Lebensberuf war, ist angesichts der großen Aufgaben, welche die zionistische Organisation beim Aufbau Erez Israels zu erfüllen hat, unhaltbar geworden; denn der ewige Beamtenwechsel stört die nötige Kontinuität der zionistischen Arbeit aufs empfindlichste. Eine Aenderung dieses Zustandes ist nur dann möglich, wenn planmäßig für die Schaffung einer ständigen, tüchtigen Beamtenschaft gesorgt wird, welche ihre Stellung als Lebensberuf auffaßt.

Um dies Ziel zu erreichen, erscheinen folgende Maßnahmen nötig:

1. Die planmäßige Vorsorge für die Heranbildung und Fortbildung der zionistischen Beamten,

2. die Besoldung aller hauptberuflich tätigen zionistischen Beamten, der Abschluß formeller Dienstverträge mit ihnen nach einer gewissen Probezeit auf Grund von Gehaltsklassen und die Regelung der Pensionsberechtigung;

3. die Betrauung des Organisations-Departements der Zionistischen Exekutive mit der Evidenzhaltung aller zionistischen Beamten und ihrer Dienstverhältnisse. Diese Stelle hat auf die Vereinheitlichung der Dienstverhältnisse unter allen zionistischen Institutionen hinzuwirken."

Resol. 22.

Die zionistische Exekutive sowie alle zionistischen Institutionen haben sich zur Durchführung der Vorschläge des Gesamtverbandes der zionistischen Beamtenschaft mit dessen Ausschuß ins Einvernehmen zu setzen.

IV. Keren Hajessod.

A. Aufbringung.

Resol. 23. Allgemeine Grundlage.

Der Zionistenkongreß wendet sich an das ganze jüdische Volk mit der Aufforderung, durch den Keren Hajessod die Grundlagen für den Aufbau der jüdischen Heimstätte in Erez Israel zu legen und so den Keren Hajessod zu einem allgemeinen jüdischen Fonds zu machen.

Resol. 24. Der Maasser.

Der Keren Hajessod ist durch Abgabe von Vermögen und Einkommen auf der Grundlage des Maasser aufzubringen. Das Direktorium des Keren Hajessod soll nach Anhörung der Landeskomitees des Keren Hajessod die Ausführungsbestimmungen festsetzen und hiebei ein maasserfreies Minimum bestimmen und die individuellen Verhältnisse berücksichtigen.

Resol. 25. Maasserpflicht der Zionisten.

Der Zionistenkongreß erklärt die Erfüllung der Maasserforderung für die obligatorische Pflicht jedes Zionisten.

Resol. 26.

Der Kongreß drückt seine Meinung dahin aus, daß Zionisten, die ihrer Maasserpflicht nicht nachkommen, keinerlei Ehrenämter (und sonstige Aemter) in der Zionistischen Organisation bekleiden dürfen. (Rosenblüth).

Resol. 27.

Der Kongreß beauftragt die Exekutive der Zionistischen Organisation, Maßnahmen zu treffen, um die Beschlüsse wegen der Maasserleistung in der Zionistischen Organisation zur strengen Durchführung zu bringen und alle für die Durchführung der Keren Hajessod-Arbeit erforderlichen und geeigneten zionistischen Arbeitskräfte für den Keren Hajessod zu mobilisieren.

Resol. 28. Stiftungen.

Die Hauptbureaus des Jüdischen Nationalfonds und des Keren Hajessod werden beauftragt, eine Liste sämtlicher jüdischen Stiftungen sowie anderer öffentlicher Fonds, die bei den einzelnen jüdischen Gemeinden in der ganzen Welt bestehen, anzulegen; die Bureaus sollen sodann die Stiftungsurkunden untersuchen und, wo immer eine juristische oder tatsächliche Möglichkeit vorhanden ist, ungesäumt Schritte einleiten, daß die in Betracht kommenden Stiftungen und Fonds für Palästina verwendet und dem Keren Hajessod einverleibt werden.

(Dr. Ringel).

Abgabe von Schmuck.

Dem Direktorium des Keren Hajessod werden folgende Anträge als Material übergeben:

Das Hauptbureau des Keren Hajessod soll eine Agitation in der Richtung einleiten, daß in dieser für das jüdische Volk so schweren und entscheidenden Zeit die Frauen das Tragen von Schmuck aufgeben und denselben dem Keren Hajessod zum Opfer bringen Es ist ein Ehrenabzeichen zu errichten, welches denjenigen Frauen erteilt wird, die ihre Ehrenpflicht erfüllt haben. Es ist auch durch andere geeignete Mittel die Opferfreudigkeit in dieser Richtung zu steigern.
(Dr. Ringel.)

Volksanleihe.

Die Exekutive wird aufgefordert, im Einvernehmen mit dem Direktorium des Keren Hajessod den Plan einer Volksanleihe für Geulath Haarez zum Gegenstand des Studiums zu machen; dieselbe soll auf dem Prinzip aufgebaut sein, daß die jüdischen Gemeinden der ganzen Welt die Garantie des Zinsendienstes übernehmen.
(Dr. Ringel.)

B. Verwaltung.

Resol. 29. Der Council.

Die Zertifikatinhaber des Keren Hajessod irgend eines Landes oder einer Ländergruppe wählen Vertreter in den Council des Keren Hajessod. Die Zahl der Vertreter eines Gebietes wird bestimmt nach der Höhe seiner Beitragsleistung, indem die an das Direktorium überwiesene Geldsumme (in der Landesvaluta) durch den vom Direktorium für das betreffende Gebiet bestätigten Minimalbetrag geteilt wird, der zur Ausstellung eines Zertifikates erforderlich ist. Bei der Wahl der Vertreter eines Landes in den Council hat jeder Zertifikatsinhaber eine Stimme.

Resol. 30. Das Direktorium und der Board of Trustees.

Das Direktorium des Keren Hajessod soll aus 6 bis 10 Mitgliedern bestehen, von denen die eine Hälfte auf Grund von Proportionalwahl vom Council, die andere Hälfte von der Exekutive der Zionistischen Organisation zu bestimmen ist. Die Zionistische Organisation und der Council haben das Recht, die von ihnen ernannten Mitglieder des Direktoriums abzuberufen und zu ersetzen.

Der Council des Keren Hajessod wählt auch den Board of Trustees, der aus nicht mehr als 10 Mitgliedern bestehen soll, denen das Recht zusteht, jederzeit die Tätigkeit des Direktoriums zu prüfen oder über das Ergebnis dem Council oder der Oeffentlichkeit zu berichten.

Resol. 31. Uebergangsbestimmung.

Bis zu dem Zeitpunkt, wo die Zertifikatinhaber organisiert sind und der Council des Keren Hajessod gegründet ist, soll die Zionistische Organisation provisorisch alle Stellen des Direktoriums besetzen und provisorisch einen Teil oder alle Mitglieder des Board of Trustees ernennen. Der Zusammentritt des Councils des Keren Hajessod soll am Ende des Jahres 1922 eingeleitet sein.

C. Verwendung.

Resol. 32. Verwendungszwecke.

Die Verwendung der Mittel des Keren Hajessod wird dahin festgesetzt, daß, abgesehen von den dem Jüdischen Nationalfonds reservierten 20 Prozent, 50 Prozent für nationale Anlagen und das regelmäßige Palästinabudget und 30 Prozent für wirtschaftliche Anlagen verwendet werden sollen.

Resol. 33. Förderung der Immigration.

Es wird festgestellt, daß zu der vom Keren Hajessod übernommenen Förderung der Immigration auch die Gewährung von Zuschüssen zu den Reisespesen für solche Immigranten gehört, die vom zuständigen Palästinaamt als für Palästina notwendig anerkannt werden. Die Gewährung der Zuschüsse erfolgt in der Form von Anleihen.

Resol. 34. Durchführung der Arbeiten.

Die vom Direktorium des Keren Hajessod beschlossenen Arbeiten und Unternehmungen in Palästina werden durch die Zionistische Organisation durchgeführt.

Resol. 35. Erträgnisse.

Die Erträgnisse aus den wirtschaftlichen Anlagen des Keren Hajessod sollen dem Investmentsfonds des Keren Hajessod verbleiben. Der Council als Repräsentant der Zertifikatinhaber soll aber das Recht haben, vom 1. Jänner 1927 ab über einen Betrag der Erträgnisse, der fünf Prozent des auf den Anteil der wirtschaftlichen Anlagen entfallenden Kapitals des Keren Hajessod nicht übersteigt, zu verfügen. (Hantke.)

Resol. 36. Uebergangsbestimmung.

Das Direktorium des Keren Hajessod, beziehungsweise die Exekutive der Zionistischen Organisation wird ermächtigt, von den Keren Hajessod-Eingängen des nächsten Jahres zunächst den regelmäßigen Etat zu decken und sodann alle weiteren einlaufenden Beträge für die übrigen Verwendungszwecke des Keren Hajessod zu reservieren. (Dr. Feiwel.)

V. Finanzinstitute.

Resol. 37. Finanz- und Wirtschaftsrat.

Die Exekutive hat diejenigen Mitglieder des Direktorium des Keren Hajessod, welche die Zionistische Organisation in diesen Direktorium zu vertreten haben, aus dem Finanz- und Wirtschaftsrat zu wählen.

Die Exekutive ist berechtigt, im Einverständnis mit dem Aktionskomitee einzelne Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsrates als Governors für die zionistischen Finanzinstitute zu bestellen.

Die Exekutive und das Aktionskomitee sollen sich grundsätzlich der Einrichtung des Finanz- und Wirtschaftsrates bedienen, um dadurch eine Koordination aller finanziellen und wirtschaftlichen Institutionen und Aktionen der Zionistischen Orgainsation herzustellen.

Resol. 38. Ausbau des J. C. T.

Der Kongreß beschließt, den Aufsichtsrat des J. C. T. aufzufordern:

1. Den J. C. T. unter möglichster Förderung seines jetzigen Geschäftskreises zur Zentrale sämtlicher Finanzinstitute auszubauen.

2. Alle Maßnahmen zu treffen, daß das begebene Aktienkapital ehestens auf die autorisierte Höhe von 2 Millionen Pfund gebracht werde.

3. Alle Maßnahmen zur Schaffung von Niederlassungen des J. C. T. in den wichtigsten jüdischen Zentren zu treffen.

4. Alle Maßnahmen zur Gründung von Institutionen für städtischen und ländlichen hypothekarischen Kredit- sowie einer Industrie- und Zentralgenossenschaftsbank zu fördern.

Resol. 39. J. C. T. und A. P. C.

Der Kongreß spricht sich dafür aus:

a) Daß mindestens 4 Mitglieder des Direktoriums des J. C. T. in London ansässig sein müssen und daß diesen ein maßgebender Einfluß auf die Geschäftsführung gegeben wird.

b) Das Aktienkapital der A. P. C. soll bis auf 1 Million Pfund vergrößert werden.

c) Der Firmawortlaut „Anglo-Palestine Company" soll in „Anglo-Palestine Bank" umgewandelt werden.

d) Daß mindestens 4 Mitglieder des Direktoriums der A. P. C. ihren ständigen Wohnsitz in Palästina haben sollen und daß diesen ein maßgebender Einfluß auf die Geschäftsführung gegeben wird.

e) Daß die Generalversammlung des J. C. T., der A. P. C. und aller sonstigen Finanzinstitute der Zionistischen Organisation, wenn irgend möglich, zur Zeit und am Orte des Kongresses resp. der Jahreskonferenz einzuberufen sind.

Bauanleihen.

Der Kongreß übergibt folgenden Antrag der Exekutive:

Anleihen für Häuserbau dürfen nur unter der Bedingung gegeben werden, daß kein Wohnungswucher getrieben wird.

(Barsilai.)

Interview mit der arabischen Palästina-Delegation in London.

Wir entnehmen der Jüdischen Preßzentrale, Zürich, die folgenden interessanten Nachrichten:

Der gelegentliche Londoner Mitarbeiter der „Jüdischen Preßzentrale Zürich", H. A. Goodman, suchte die in London weilenden Führer der palästinensisch-arabischen Delegation im Hotel Cecil auf, mit denen er nachstehendes Interview hatte. Mr. Goodman, der Musa Kazim Pascha von seinem Aufenthalt in Palästina her persönlich kannte, berichtet über diese Unterredung.

Musa Kazim Pascha entstammt der Familie der el-Husseini, die Generationen hindurch die Muftis und Majors für Jerusalem stellte, aus welchem Grunde gerade er als Führer der Delegation gewählt wurde. Mr. Mouin Bey el-Madi, der Vertreter Haifas, ist ein Levantiner, wie man ihn als Typus der Effendis unter der Jugend der begüterten Klasse im Osten oft finden kann. Die beiden Genannten sind Moslems, während Mr. A. M. Shammas der christlichen Kirche angehört. Der Letztgenannte scheint der führende Geist der Delegation zu sein und alle Fragen, die der Vertreter der „JPZ" der Delegation vorlegte, wurden durch ihn nach vorheriger Besprechung mit seinen Mitdelegierten beantwortet. Mr. Shammas stellt einen Typ der Jerusalemer Christen dar, hat eine bessere Erziehung als seine mohammedanischen Kompatrioten genossen und ist der Führer in allen politischen „Affären".

Auf die Frage über den Zweck ihres Londoner Besuches antwortet Musa Kazim Pascha spontan: „Wir sind nach London gekommen in Angelegenheit der arabischen Bevölkerung Palästinas, um ihre Sache dem britischen Volk und der britischen Regierung vorzulegen. Die Eingeborenen Palästinas lehnen das Prinzip der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina ab, und wir wünschen unsere natürlichen Rechte zu wahren, die wir bedroht sehen durch solche Absichten, die uns unserer politischen und ökonomischen Rechte berauben wollen."

„In welcher Form denken Sie sich „die Wahrung Ihrer Rechte" und welche Schritte haben Sie bei der britischen Regierung unternommen, um diesen Zweck zu erreichen?"

„Es gibt nur einen Weg, und das ist die demokratische Methode. Wir haben das Recht zu fordern, und zu erwarten, daß ein nationales Parlament durch die Bevölkerung Palästinas erwählt werde, das allein das Recht besitzt, Gesetze zu erlassen und die Regierung zu kontrollieren."

„Halten Sie denn die Eingeborenen Palästinas für genügend reif, um ihre eigene Verwaltung zu erwählen?"

„Selbst vor dem Kriege genossen die Palästinenser mehr Rechte als heute. Sie wählten ihre Mitglieder in das Parlament von Konstantinopel. Es gab Dorf-Vorsteher und organisierte Körperschaften in den Ortschaften und größeren Städten. Aber wie sieht das heute aus, obgleich wir Palästinenser prominente Positionen in der Administration von Aegypten, Syrien und dem Sudan einnehmen, und die Fähigkeit der arabischen Bevölkerung, ihre Kultur und Zivilisation zu entwickeln, auch vom High Commissioner in seiner Rede vom 3. Juni wiederholt erwähnt worden ist, als er vom Verlangen des Volkes nach Bildung sprach."

„Sie sind also mit dem gegenwärtigen Regierungssystem nicht zufrieden?"

„Wie können wir das sein?" Wir glauben fest an die Volksvertretung. Der gegenwärtige Advisory Council ist eine Körperschaft, die von der Verwaltung mit Hilfe der Zionist Commission ernannt worden ist, die wir nicht anerkennen noch irgend ein Gesetz, das sie erlassen hat. Wir verlangen eine Regierung, die vom Volke erwählt, dem Volke verantwortlich ist."

Welche Garantien sind vorhanden, daß eine solche Regierung, die notgedrungener Weise aus einer starken Majorität von Nichtjuden sich zusammensetzen würde, nicht antijüdisch sein würde?"

„Erstens die Tatsache, daß die Araber niemals antijüdisch waren. Wir lebten mit Ihrem Volke friedlich und glücklich beisammen und es ist kein Grund vorhanden, weshalb dies nicht auch weiterhin so sein sollte. Aber wir halten die gegenwärtige jüdische Einwanderung ökonomisch und politisch schädlich für die Eingeborenen. Wir sind bereit, jenen Juden, die alte Einwohner Palästinas sind, die gleiche Rechte wie den Unsrigen im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl einzuräumen. Aber über allem steht unser guter Wille, der die größte Garantie bietet, und dies ist etwas, das gegenseitig sein muß. Wir verlangen von den Juden die gleiche Sympathie, die wir ihnen entgegenbringen."

„In welcher Weise sollte die jüd. Einwanderung die einheimische Bevölkerung schädigen?"

„Jeder, der heute Palästina besucht, kann leicht sehen, daß der Eingeborene durch den neuen Immigranten verdrängt wird. Die Neu-Ankömmlinge haben Arbeiten übernommen, die früher durch unsere Leute ausgeführt wurden und das Problem der Arbeitslosigkeit ist in Palästina so akut geworden, daß wir genötigt waren, moslemitisch-christliche Hilfsorganisationen zu bilden. Es ist wahr, daß die Arbeitslosenkrisis über die ganze Welt verbreitet ist, aber die Neueinwanderung nach Palästina während der gegenwärtigen Wirtschaftskrise unter Obhut der Regierung und der Zionist Commission ist ein neuer Faktor in der ohnedies schon schlechten Lage, die nicht vom Lande ertragen werden kann. Dazu kommt, daß die Neu-Ankömmlinge unzufrieden sind mit ihren Verhältnissen: wir wissen, daß es viele unter ihnen gibt, die sich beklagen und die gern dorthin zurückkehren würden, woher sie gekommen sind, wenn sie Geld zur Rückreise erlangen könnten, wie man ihnen solches zur Herreise gab. Politisch ist der Neu-Ankömmling für die Eingeborenen schädlich, da er revolutionäre Theorien aus Osteuropa mitbringt, die er in Palästina zu verbreiten sucht. Und schließlich müssen sie gestehen, daß die Balfour-Deklaration nicht im Interesse der Eingeborenen Palästinas gemacht worden ist."

„Wenn man Ihren Forderungen nachkommen würde, was wäre dann mit der Balfour-Deklaration und der feierlichen Zusage der britischen Regierung und der Alliierten; zählen diese für nichts?"

„Was ist die Balfour-Deklaration und was meint sie? Niemand weiß es, weder jene, die sie machten, noch jene, die sie empfingen. Sie ist vag und kann interpretiert werden wie man es wünscht. Aber die Interpretation, die ihr Dr. Weizmann und seine Gesinnungsgenossen gegeben haben, daß „Palästina so jüdisch werden soll wie England englisch ist", ist eine Interpretation, gegen die wir energisch protestieren müssen, eine Lösung, die von der Bevölkerung Palästinas nie geduldet werden wird. Wir wünschen keinen jüdischen Staat in unserem Homeland, noch möchten wir — wie dies bei verschiedenen Gelegenheiten ernstlich suggeriert wurde — nach anderen arabischen Ländern wie Mesopotamien, Arabien oder Transjordanien auswandern; keine Macht der Welt kann uns dazu zwingen."

So sprach Musa Kazim Pasche und ich fühlte deutlich, wie weit die Politik Jabotinskys und Zangwills von dem Pfade der Gemeinschaft und des guten Willens uns geführt hat. Dann intervenierte Mr. Shammas: „Vergessen Sie nicht, wie viel christliches und mohammedanisches Blut für Palästina vergossen worden ist. Die Kirche des Heiligen Grabes und die Omar-Moschee und andere religiöse Zentren und Altare, Heiligtümer der Christen und Mohammedaner der ganzen Welt sind in Palästina durch die zionistische Politik bedroht."

„Also opponieren Sie gegen die Juden oder gegen den jüdischen Nationalismus?"

„Es wäre lächerlich zu sagen, daß wir anti-jüdisch sind. Wir selbst sind Semiten und haben immer in einem freundschaftlichen, ja brüderlichen Verhältnis mit den Juden Palästinas gelebt. Selbst heute noch sind sie uns lieb, aber wir können das Bestreben des Zionismus nicht akzeptieren, uns unser Land fortzunehmen und einen jüd. Staat daraus zu machen."

„Sie sprechen fortgesetzt von einem „jüdischen Staate", aber würden Sie Einwände machen, daß Palästina ein Land wird, in dem die jüdische und arabische Bevölkerung Seite an Seite mit gleichen Rechten und Pflichten lebt?"

„Die nichtjüdische Bevölkerung muß vorwärts sehen und die Gefahr erkennen, die am Horizonte sichtbar wird. Die Zionisten mit ihren Zeitungen und ihren Konferenzen sprechen so, als ob Palästina heute schon ein jüdischer Staat wäre und alle Unternehmungen, die jetzt in Palästina gemacht werden, zielen auf dieses Ideal ab. Aus diesem Grunde ist unsere Delegation heute in London. Wir betrachten die Juden, die immer mit uns gelebt haben, als Palästinenser, wie wir es selbst sind, als unsere Landsleute und Mitbürger, aber der Jude, der heute in Jaffa landet, kann nicht als einer der Unsrigen angesehen werden und nur die palästinensische Bevölkerung kann sagen, was für sie gut und was ihr schädlich ist."

„Würde ein Jude in den Augen einer arabischen Regierung in Palästina nicht präjudiziert werden? Nehmen Sie z. B. an, daß ein Jude und ein Aegypter — beide Ausländer — gleichzeitig in einem Hafen Palästinas landen. Würde der Jude nicht dem Ägypter gegenüber in eine besondere Kategorie eingereiht werden?"

"Das ist eine Frage, die durch das palästinensische Parlament entschieden werden müßte. Wir können natürlich nicht sagen, welches sein Entscheid sein würde."

„Aber das ist ja in der Tat der Kern der ganzen Frage und ich denke, daß Ihre Delegation wissen sollte, wie die Bevölkerung Palästinas über diese Angelegenheit denkt."

„Kein Vertreter einer anderen Zeitung, mit dem wir diese Frage behandelt haben hat auf eine weitere Antwort bestanden und wir sehen nicht ein, warum unsere Antwort Sie unbefriedigt lassen soll", sagte Mr. Shammas.

Für andere Zeitungen ist die Palästinafrage und der Zweck Ihrer Delegation eben eine nebensächliche Angelegenheit, wie sie alltäglich vorkommt, aber für das jüd. Volk ist Palästina eine Lebensfrage, die es berührt als sein ureigenstes Sein und seine Zukunft als Rasse. Es ist deshalb wesentlich, daß Sie mir offen sagen, ob Sie wirklich einen Unterschied machen würden zwischen einem Juden und einer Person irgendeiner anderen Nationalität, sodaß die Judenheit genau weiß, wie die Dinge stehen."

„Wir können nur sagen, daß wir unsere Existenz als Nation über alles stellen, und wir müssen alle Faktoren, die sie bedrohen, ins Auge fassen. Wir müssen an unsere ökonomischen und politischen Rechte denken und müssen sie gegen jedermann wahren, der uns unseres Heimatlandes berauben möchte. Wir wünschen, daß unser Land sich entwickelt, daß seine wirtschaftlichen und Erziehungs-Institutionen wachsen, aber alle diese Dinge müssen durch ein das Volk vertretendes Parlament kontrolliert werden."

„Wenn die britische Regierung sich weigert, ihr Versprechen vom November 1917 zu brechen, welches ist dann die Haltung Ihrer Delegation und die Ihres Volkes?"

„Wir können nicht glauben, daß die britische Regierung, die immer gerecht vorgegangen ist, jetzt ihre traditionellen Grundsätze der Selbstbestimmung und Freiheit in der Verwaltung unseres Landes brechen würde. Wenn ein solcher Kurs eingeschlagen würde, — entgegen unserer Annahme — so leugnen wir nicht, daß dies eine sehr schlechte Wirkung im Lande auslösen würde."

Und als ich die Delegation nach einer langen Unterbrechung verließ, bemerkt unser Gewährsmann, fühlte ich, daß die Delegierten trotz all ihrer mutigen Worte und heroischen Gesten wußten, daß sie gegen den Wind kämpfen, daß weder die Sympathie des britischen noch des jüdischen Volkes mit ihnen sind und daß selbst gemäßigte Meinungen beider Nationen nie ein Pan-Arabertum in Palästina dulden würden. Ihr Aufenthalt in London hat ihnen Enttäuschung über Enttäuschung gebracht und ihr einziger Sonnenstrahl scheinen die Telegramme zu sein, die sie von ihren Auftraggebern in Palästina erhalten, die ihnen melden, was sich in Karlsbad ereignete oder über interne Streitigkeiten in Jerusalem berichten. Wenn gemäßigte jüd. Kreise, besonders die Sefardim und gemäßigte arabische Meinungen sich treffen und die Angelegenheit besprechen würden, würde Palästina wieder eine jüdische Heimstätte werden, wenn vielleicht auch nicht „so jüdisch, wie England englisch ist."

Der Kongreß.

Von Artur Holitscher.

Die „Wiener Morgenzeitung" veröffentlicht als Vorabdruck aus der Novembernummer der „Neuen Rundschau" die folgenden interessanten Ausführungen aus einem längeren Artikel des Verfassers.

Palästina ist ein werdender Staat, und der Kongreß, der zwölfte, von dem elften durch acht Jahre getrennt, ist als Vorstufe zu einem jüdischen Parlament anzusehen. Der Karlsbader Kongreß ist auf Kampf gestellt. Es wird um Organisationsfragen, Kompetenz- und Persönlichkeitsfragen ebenso wie um Fragen gekämpft, die auf einem Konzil aufgeworfen sein und erledigt werden können.

Alle Probleme, Strömungen ethischer, sozialer, politischer, ökonomischer und verwaltungstechnischer Art, die die heutige aufgescheuchte und erwachende Menschlichkeit bewegen und erschüttern, finden sich hier wie in einem Mikrokosmus beisammen, verlangen Gehör und Entscheidung, begegnen sich, schwirren auf und durchkreuzen einander. Es scheint auf diesem Kongreß um alles Wesentliche zu gehen, was den Aufbau eines Staatsgebildes wie einer Menschengemeinschaft, eines sozialen wie eines religiösen Gemeinwesens bestimmt. Und die Grenzen zwischen Religion und Ritus, sozialem Willen und praktischer Notwendigkeit sind nicht durchwegs klar zu erkennen. Alles scheint vielmehr zu einem einzigen magischen Mittelpunkt zu streben, als ob es nur um des einen willen da wäre, diesen Platz gar nicht innerhalb der Zeit zu bestimmen ist.

Dieser Kongreß ist kein Parteitag, denn die Zionisten bilden keine Partei innerhalb der Judenschaft. Auf irgendeine mystische Weise ist es ihnen nur etwas heller und kraftvoller gegenwärtig, was in allen Rassen- und Glaubensgenossen in der Diaspora unbewußt vorhanden ist, leise sich regt, sicherlich nicht gänzlich überwunden durch irgendwelche Faktoren weltlicher Entwicklung.

Die Parteien und Fraktionen innerhalb der Körperschaft dieser zum Kongreß delegierten des Weltzionismus unterscheiden sich denn auch von parlamentarischen Parteien herkömmlicher Art durch eben diesen Einschlag von utopischem Wollen und einer sozusagen metaphysischen Energieentfaltung nach dem gemeinsamen Ziele, dem Lande der Verheißung, und sind regiert durch die magnetische Kristallisationskraft Jerusalem, Zion.

Wem das Glück zuteil worden war, das elementare Erlebnis: Sowjetrußland mit Herz und Hirn aufzunehmen, dem mußte in Karlsbad die überraschende Parallele Moskau—Zion zwingend zum Bewußtsein kommen. —

Unsere im Entstehen begriffene, im tiefsten Wesen utopische Kultur wurde von den deutschen Seherphilosophen vorbereitet, wird von deutschen Praktikern, Organisatoren gefestigt. An der Spitze der Bewegungen sehen wir die genialen, befreiten Ostjuden ungestüm vorwärtsdrängen. Der Führer des heutigen Weltzionismus ist der Russe Professor Weizmann, die obersten Männer der Exekutive sind die Russen Sokolow und Ussischkin. Sie bilden mit den Organisatoren [illegible]

Eine wunderschöne Figur: Dr. Schmarja Levin, erster jüdischer Abgeordneter der ersten Duma, von Wilna gewählt, [illegible]

Aufbauern Palästinas, Ruppin und Licht-heim, den Deutschen, eine Einheit, die von der Internationale der Weltjudenheit a erkannt ist. Denn es gibt außer der Internationale, Rom, der Internationale Moskau heute nur noch diese dritte, die Internationale Zion, die weltliche Macht aus den Wurzeln der Religion entfaltet.

Darum auch die mehr noch geahnte als ausgesprochene Sicherheit, daß das Problem Palästina, so sehr es von aktueller Machtpolitik und Wirtschaftsverkettungen bestimmt zu sein scheint, doch letzten Endes nur im Rahmen der großen, allgemeinen, der welt- und menschheitbefreienden Bewegung dieser Zeit definitiv gelöst werden wird, nicht vereinzelt und isoliert. Seine Bedingungen wurzeln zu sehr im gemeinsamen Motiv des Glaubens an das Recht der unterdrückten Völker, Klassen, Rassen und Individuen, an die Gerechtigkeit, die sich heute unter Krämpfen und Erschütterungen Bahn zu brechen beginnt.

Die überragende Figur Weizmanns weist zahlreiche übereinstimmende Züge mit dem anderen großen sozialen und religiösen Führer dieser Zeitläufte, Lenin, auf. Bis in die äußere Erscheinung geht diese Aehnlichkeit: Derselbe slawisch-breite Schnitt des Gesichts, derselbe etwas schlau-heiter blitzende Blick, dieselbe Einfachheit und Ruhe, Mangel an Routine und Verachtung der Wirkung im Auftreten.) Wie Lenin hatte Weizmann nur wenige Menschen hinter sich, als er, sozusagen auf eigene Faust, unbekannt und glaubensstark, das Gebilde Zion aus seinem Hirne neu emporhob. Als er aus dem Dunkel hervortrat, gewahrte man plötzlich den von seinem Lande ausgestoßenen genialen Menschen, der sich der Zukunft mit entschiedenem Griffe bemächtigt hatte und dadurch die Faktoren der Gegenwart mit souveränem Willen für seine Idee dienstbar zu machen vermochte.

Daneben Sokolow, kühl, klug, Diplomat, in Wesen und Wirkung an Tschitscherin gemahnend.

Redner von hinreißender Gewalt, Jesaja auf der Wanderschaft durch die Welt, um für den Zionismus, den Keren Hajessod zu werben, setzte sich auf dem Kongreß für den Plan einer mächtigen Propaganda ein, die von Jerusalem ausgehend sich der Judenheit in allen Ländern des Exils geistig bemächtigen sollte. Ahasver gleich, ohne Heim, ohne Anhang, wandern Männer wie dieser von Leidenschaft, Glauben und dem Bewußtsein der unmittelbar zündenden Wirkung der Utopie auf die leicht erregbaren Massen durchströmte Ostjude durch die Länder der Diaspora, arbeiten für den Aufbau des Landes, daß sie höchstens flüchtig streifen auf ihrer Wanderung, in dem sie selbst nie Fuß fassen werden!

Und daneben die seßhafte, eingebürgerte und umsichtige Kraft Artur Ruppins, der den Aufbau Palästinas an Ort und Stelle, in Jerusalem, leitet — ein Prophet, nicht minder wie der andere, eruptive Gewalt, gebändigt durch den steten, an der Wirklichkeit gestählten Willen.

In der deutschen Landsmannschaft hörte ich das Referat dreier Delegierter aus Amerika (Amerika hatte nächst Polen die höchste Delegiertenzahl — 42): Goldberg, Typus des Eastend-Bowery-Juden, witzig, lebenssprühend, von volkstümlicher Schlagkraft; Dr. Straus, aus den großen Familien der Frankfurt- und Fifth-Avenue-Plutokratie saturiert von europäischer Bildung und amerikanischer Macht; Lipski, in Aussehen und Gebaben schon völlig dem hundertprozentigen Yankee assimiliert, gemessener Matter-of-fact-Mensch.

So arbeiten nebeneinander alle Spielarten des heutigen, seiner Fesseln ledigen Weltjuden: Der Führer-Diplomat, der Großindustrielle, Großbankier, dessen Referat an Aufsichtsratssitzungen in weltbestimmenden Konzernen gemahnt, der prophetische Eiferer und Jeschiwah-Gelehrte, von Nachtwachen über den geheiligten Büchern des Talmud gebleicht, der aus dem Dunkel dumpfer bessarabischer Ghettis emporgetauchte proletarische Revolutionär, sozialistischer Soldat der Friedensarbeit.

Ueberwältigend ein ganz neuer, noch nie geschauter Typus: Der Freiluft-Jude, der aus dem Galuth nach dem Lande Israel heimgekehrte Chaluz, ostjüdischer Kleinhandwerker, Kleinkrämer — jetzt Arbeiter im Feld, den Wäldern und in der Wüsterei, die zur Siedlung werden soll, ein scharfäugiger, gebräunter, alttestamentarischer Krieger und Lehrer, Hirte und Schomer — der Wächter, der die Nachtrunde hält um den Rand der Niederlassung, nach Gefahren auslugt unter dem arabischen Himmel, die Herden und die Menschen hütet — die Ben-Zwi, Elieser Joffe, Jabneeli, neue palästinensische Juden.

Junge Frauen saßen im Kongreß. Lehrerinnen aus Siedlungsschulen Palästinas, feine, geistige Stirnen, gebräunt von der Sonne des Orients, stillen Jubel in den gestählten Formen ihrer Glieder, nicht mehr die verweichlichten schweren Haremstypen des Ghettos, sondern Töchter Jephtas, mit Zymbeln gegen Sonnenaufgang tanzend, mänadenhaft die Locken schüttelnd.

Bald werde auch ich euch sehen, ihr Leute vom Kidron, von Kinereth, Rechoboth, Rischon-le-Zion!

Die erste Jahresversammlung des Wirtschaftsrates für Palästina.

Am 13. d. M. fand in London die erste Jahresversammlung des Wirtschaftsrates (Economic Board) für Palästina statt. Den Vorsitz führte Sir Robert Waley-Cohn, welcher an Stelle des am Erscheinen verhinderten Vorsitzenden des Exekutivkomitees, Minister Alfred Mond, die von Mond verfaßten programmatischen Erklärungen abgab. Darin wird ausgeführt, daß der Wirtschaftsrat für seine Tätigkeit die Mitwirkung aller brauche. Sir Mond rechnet damit, daß jeder englische Jude es als besondere Verpflichtung fühle, der britischen Regierung und der britischen Nation in der Ausführung der schweren Aufgabe, welche sie für die Juden der ganzen Welt auf sich genommen haben, beizustehen. Der erste Weg, um die Balfour-Deklaration mit Erfolg durchführen zu können, sei die Schaffung von wirtschaftlich gesunden Unternehmungen in Palästina, wie die Ausnützung der Wasserkraft, der Bau von Häfen und Häusern, die Gründung von Kreditanstalten, Schaffung von Industrien und dergleichen. Dazu seien große Kapitalien nötig, welche man jedoch erhalten könne, wenn die Mitglieder die Ueberzeugung haben, daß die Unternehmungen auf gesunden Grundlagen geschaffen und richtig verwaltet werden. Dafür zu sorgen, sei Sache des Economic Board. Dieser soll auf 50 Mitglieder ergänzt werden, weshalb eine Werbungsaktion notwendig sei. Das zweite Prinzip des Wirtschaftsrates sei das der Zusammenarbeit mit anderen Körperschaften und der Koordination aller Arbeiten, welche sich auf den Aufbau der Palästinawirtschaft beziehen. Daher begrüßt der Board die Vertreter der zionistischen Organisation und der Jca, welche ihre Mitwirkung zugesagt haben. Es liege auch eine Zusage auf Mitarbeit von amerikanischen Körperschaften mit gleichen Aufgaben und Anschauungen vor.

Zum Arbeitsprogramm wurde ausgeführt, daß Palästina, wie bekannt, am meisten elektrische und Wasserkraft benötige; diese kann aus dem Jordan und anderen Flüssen erhalten werden, sowie durch den Ausbau der Häfen. Unternehmungen dieser Art sind also besonders wichtig und zugleich auch produktiv im vollen Sinne des Wortes. Demgemäß wird das Ruthenberg-Projekt einer großen elektrischen Kraftstation konkrete Form annehmen, sobald die nötigen Kapitalien aufgebracht werden können. Der Hafenausbau ist auch schon der Verwirklichung nähergerückt und man hofft in Kürze zu den Vorbereitungsarbeiten der Bodenuntersuchung und dergleichen schreiten zu können. Der Wirtschaftsrat wird bei diesen beiden großen Unternehmungen wichtige Funktionen auszuüben haben. Ueberdies liegen ihm eine Anzahl kleinerer Projekte vor, welche die Grundlage für die Entwicklung bestimmter Industrien bilden können. Um diese verschiedenen Projekte zu verwirklichen, hat der Board die Gründung einer Gesellschaft unter dem Namen Palestine Company mit einem Stammkapital von 200.000 Pfund beschlossen. Aufgabe dieser Gesellschaft ist die Finanzierung aller dieser Industrieprojekte, sobald sie an Ort und Stelle begutachtet sind. Zu den wichtigsten unter ihnen gehören Häuserbauunternehmungen, ferner eine Import- und Exportgesellschaft, zwecks Ein- und Ausfuhr von Waren, sowie speziell der Ausfuhr von Palästina nach Transjordanien. Die Schaffung einer solchen Gesellschaft liegt im Interesse der palästinensischen Regierung, die auch bereit ist, mit ihr einen Vertrag auf Durchführung von Post- und Militärtransporten nach Transjordanien zu schließen. Ferner wird die Produktion von verschiedenen Artikeln, welche bisher eingeführt werden, wie zum Beispiel Salz, beabsichtigt.

Zu einer Unternehmung für Salzgewinnung sind 40.000 Pfund notwendig, davon steuert die Hälfte die Jca bei. „Es ist kein Zweifel — schloß Sir Cohn — daß die Körperschaft, welche rentable Industrien in Palästina schaffen wird, damit der jüdischen und der britischen Sache einen großen Dienst erweist."

Nach den Ausführungen Sir Cohns ergriff James Rothschild das Wort und drückte dem Vorsitzenden der Tagung den Dank für seinen regen Anteil an der Organisierung des Board und der Palestine Company aus. Er teilte ferner mit, daß Sir Herbert Samuel ihm in Palästina gesagt habe, er wünsche sehr, daß englische Juden leitenden Anteil an der Ausführung aller vorgeschlagenen Projekte nehmen, da sie die finanziellen und politischen Schwierigkeiten der palästinensischen Mandatsregierung kennen und ihr mit allen Mitteln behilflich sein sollen. Auf Anfragen der Herren Seligmann und Sir Adolf Tuck teilte der Vorsitzende mit, daß der Londoner Wirtschaftsrat mit dem amerikanischen Board in regem Kontakt stehe. Zum Schlusse legte er der Versammlung eine Dankresolution an James Rotschild vor, die einstimmig angenommen wurde.

In das Exekutivkomitee des Wirtschaftsrates wurden gewählt: Minister Alfred Mond, Sir Stuart Samuel, Sir Robert Waley-Cohn, Albert Belischa, Baron James de Rothschild, Leonhard L. Cohen, A. E. d'Avigdor, Goldsmith (Vertreter der Jca) und Josef Cowen (Vertreter der zionistischen Organisation).

Politische Chronik.

Horthy-Verteidiger.

Es ist sicherlich jeder vernünftige Mensch dafür, daß mit dem gekrönten ungarischen Exkönig einmal abgerechnet werden soll. Nicht vielleicht deshalb, weil er selbst durch seine übermenschliche Persönlichkeit ein Grund zur Furcht wäre, sondern deshalb, weil dieses Mannes wegen immer und immer wieder Menschenblut vergossen wurde, weil die kleine Entente durch militärische Aktionen einen kolossalen wirtschaftlichen Druck auf ihre Bürger ausübt und weil, solange dieser Habsburger nicht hinter Schloß und Riegel gesetzt ist, immerwährend politische und militärische Condottieri und Söldner den Frieden und die Ruhe Mitteleuropas gefährden. Daß die ungarischen Juden glauben, mit Karl IV. eine Morgenröte ihrer Freiheit zu erwarten, ist undenkbar, aber nichts ist so absurd, was nicht magyarische Juden vollbringen könnten. Gegner Karls ist noch lange nicht gleichbedeutend mit Horthys Freund. Dem Budapester Judäomagyaren scheint dies aber so zu sein. Wenn sich schon ein Oberrabbiner von Szegedin zu der Erniedrigung seiner Menschenwürde und der Würde des Judentums herablassen konnte, in Horthy irgend ein erleuchtetes Prototyp des Spezies Mensch zu sehen, so könnte man ihm das eventuell entschuldigen mit dem Hinweis auf seine Kerkerqualen. Aber alle magyarischen Juden haben doch für ihren Patriotismus nicht im Kerker zu sitzen. Der Chefredakteur des „Pester Lloyd", dieses berüchtigten Judenblattes, kann es nicht über sein magyarisches Herz bringen, dem Herrn Reichsverweser für sein mannhaftes Auftreten gegen Karl Lobeshymnen zu spenden, und tatsächlich lesen sich die Zeilen dieses Blattes, das nur Juden lesen, für das nur Juden schreiben, in dem nur Juden inserieren — einige wenige Ausnahmen zählen nicht mit — wie die Wiener „Reichspost". Herr Josef Veszi sein Name deutet darauf hin, daß er magyarisierter Jude ist — hat ja viele politische Wandlungen durchgemacht, bevor es ihm gelungen ist, Chefredakteur des „Pester Lloyd" zu werden und dem Umsturz hat es dieser Mann zu verdanken, wenn er nicht lebenslängliches Magnatenhausmitglied geworden ist, wie sein Vorgänger. Herr Josef Veszi ist mit Horthy sehr zufrieden, die elenden Taten der Horthybetyaren eines Gesindels, das noch die russischen „Schwarzen Hundert" übertrifft, sieht er nicht, will er nicht sehen. Er feiert in Horthy einen Nationalhelden und bald werden die früheren Götter des Herrn Veszi, die Andrassys, Apponys e tutti quanti verbrannt werden, damit Horthy herrlicher dastehe. Man wird in magyarischen Kreisen darauf hinweisen, daß Veszi nicht anders könne, als Horthy zu feiern, wir wissen es, denn der „Pester Lloyd" kann nie anders. Es ist noch gar nicht lange her, als der 75. Geburtstag Apponyis mit großem Pompe gefeiert wurde und zu diesem Feste fanden sich mit der „Neuen Freien Presse" fast alle Blätter zur Gratulation ein, der „Pester Lloyd" fehlte ebensowenig, wie die deutsch-liberalen Blätter der Tschechoslowakei (siehe Jüd. Volksblatt 7. Februar 1921 „Albert Graf Appony") und siehe heute zieht man gegen ihn, nur um Horthy zu feiern, zu verteidigen, zu erhöhen. Die magyarische Journaille feiert nun ihre Orgien. Der „Pester Lloyd" der Verteidiger Horthys, das ausgesprochenste ungarländische Judenblatt als Stütze und Rückhalt des größten Judenwürgers, des größten Verbrechers gegen jüdische Ehre und Würde, der jemals in Ungarn gelebt hat. Und so ein Veszi hat noch die Stirne unter anständigen Menschen zu weilen und sein Blatt erhebt den Anspruch eine anständige, seriöse Zeitung sein zu wollen und es finden sich noch immer Juden, die dieses Blatt mit Geld unterstützen und die eine Ehre dareinsetzen, in diesem Blatte gedruckt und erwähnt zu werden. Daß Horthybanditen im Burgenlande gegen die Juden — nein gegen Menschen — hausen, nun ebenso wie Banditen, nein wie Barbaren, wie Hunnen, denen sie ja stammverwandt sein sollen, zu hausen pflegen, das interessiert weder Herrn Veszi noch seine Kollegen, wenn es ihnen nicht in den Kram paßt, aber hoffentlich naht einmal der Tag, an dem sie mit Bestürzung erkennen werden, wohin dieses von ihnen verteidigte Banditenwesen führt, denn quem deus perdere vult, eum dementat.

G. K.

Der amerikanische Gesandte in der Tschechoslowakei — ein Jude.

Unter den von Harding neu ernannten amerikanischen Gesandten befindet sich auch der Jude Louis Einstein aus New York, der zum Gesandten Amerikas in der Tschechoslowakei ernannt worden ist.

Einstein, der 1877 in New York geboren ist, hat bereits mehrere diplomatische Posten bekleidet und sich durch Tüchtigkeit und Pflichterfüllung ausgezeichnet. 1903 war er 3. Sekretär der amerikanischen Gesandtschaft in Paris, dann einige Jahre in London, 3 Jahre in Konstantinopel, dann in Peking und 1911 in Costarica. Während des Krieges vertrat er die englischen Interessen in Bulgarien, wofür ihm vom englischen König besonderer Dank ausgesprochen wurde. (J. P. Z.)

Ludendorff zeiht das Weltjudentum der Schuld an Deutschlands Zusammenbruch.

Demnächst soll ein neues Buch von Ludendorff, betitelt „Krieg und Politik", erscheinen, in welchem der Verfasser zu beweisen sucht, daß nicht die Heeresleitung, sondern das Hinterland für Deutschlands Niederlage verantwortlich ist. In diesem Buch wird den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Demokraten vorgeworfen, daß sie systematisch auf Deutschlands Niederlage hingearbeitet haben. Eine Hauptschuld jedoch trifft die Juden, von denen Ludendorff nach einer Mitteilung der Zeitschrift „Die Glocke" folgendes sagt: „Mit Frankreich und England Hand in Hand arbeitete die Oberleitung des jüdischen Volkes. Vielleicht führte sie beide. Sie sah den kommenden Weltkrieg als das Mittel an, ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele durchzusetzen, den Juden in Palästina ein Staatsgebiet und Anerkennung als Volk zu erwerben und ihnen in Europa und Amerika eine überstaatliche und überkapitalistische Vormachtstellung zu verschaffen. Auf dem Wege zur Verwirklichung dieses Zieles erstrebten die Juden in Deutschland dieselbe Stellung wie in jenen Ländern, die sich ihnen schon ergeben hatten. Dazu brauchte das jüdische Volk die Niederlage Deutschlands."

Mit solchen lächerlichen Phantasien, die aber im Munde des berühmten Feldherrn bedauerlicherweise eine ungebührliche Autorität bekommen und dadurch zur antisemitischen Vergiftung des deutschen Volkes beitragen, will man die einfache Wahrheit verschleiern, daß die Oberste Heeresleitung infolge der militärischen Niederlage der deutschen Armee selbst im Oktober 1918 auf schleunigen Abschluß des Waffenstillstandes drängen mußte. Leider kommt die gegenwärtige extrem reaktionäre Stimmung solchen Märchen entgegen. (J. P. Z.)

Aus der Chronik der jüdischen Gasse.

Amerikanische Hilfsgelder.

Nach den Ausweisen amerikanischer Banken über Unterstützungsgelder, von denen der größte Teil an die Juden Oesterreichs, der Tschechoslowakei und Deutschlands entfiel, belief sich die Gesamtsumme der Ueberweisungen auf 100 Millionen Dollar.

Keren Hajessod.

Die Keren-Hajessod-Aktion in Amerika.

Der in den Feiertagen veröffentlichte Aufruf für den Keren-Hajessod tat große Wirkung. Die Spenden haben schätzungsweise den Betrag einer halben Million Dollar ergeben. An den beiden Neujahrstagen wurden in New York allein an 120.000 Dollar gespendet.

Erez Israel.

Kulturelles.

Ein „Jozeph-Israel-Viertel in Jerusalem.

Professor Boris Schatz, Direktor des „Bezalel", erwarb in der Nähe von Jerusalem ein Stück Land, auf dem Häuser für die Jerusalemer Künstler gebaut werden sollen. Das neue Viertel soll den Namen Jozeph Israels, des bekannten jüdisch-holländischen Malers, tragen.

Ein misrachistisches Gymnasium in Jerusalem.

Die misrachistischen Vertreter in der Zionist Commission haben die Eröffnung eines neuen Gymnasiums in Jerusalem vorbereitet, zu dessen Leiter Dr. Jacob Wagnel, der frühere Direktor des Jaffaer Gymnasiums, ernannt wurde. Die Eröffnung der Schule ruft in orthodoxen Kreisen das größte Interesse hervor, weil man glaubt, daß von ihr ein großer Einfluß auf die Erziehung der palästinensischen Kinder ausgehen wird. (Ziko).

Kurse für höhere Mathematik in Jerusalem.

In Jerusalem eröffnete Dr. Chewroni einen Kursus für höhere Mathematik, zu dem Abiturienten und Abiturientinnen der palästinensischen Schulen zugelassen werden. (Ziko).

Aus den Gemeinden

Mähr.-Ostrau.

Mährisch-Ostrau: Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß an jedem Dienstag um halb 9 Uhr abends im „Goldenen Krug" (A. Jirasekplatz) eine Zusammenkunft der Zionisten Mährisch-Ostraus stattfindet. Kommenden Dienstag, den 8. November spricht Gg. Dr. Robert Altbach über das Thema: Die nächsten Aufgaben der zionistischen Arbeit in Mährisch-Ostrau. Alle Gesinnungsgenossen werden höflichst eingeladen, an diesen Zusammenkünften teilzunehmen.

Die Ortsgruppenleitung.

*

Misrachi.

Ab 5. November findet allsabbatlich vor dem Morgengottesdienste, 8 bis 9 Uhr, im Schöfer-Bethause Karl Marx-Str. (Teichgasse) 19 ein Talmud-Vortrag statt. Gelernt wird der Traktat Beza mit Kommentaren. An jedem Sabbat vor Mincha, halb 4 Uhr nachmittags, wird überdies der Misrachi-Vortrag abgehalten wie bisher. — Das provisorische Komitee beabsichtigt ferner einen Zyklus von allgemein zugänglichen Vorträgen je einmal wöchentlich über „Die Entwicklung des Judentums unter Berücksichtigung des zionistischen Gedankens" zu veranstalten, doch soll vorerst ein hiezu geeignetes Lokal ausfindig gemacht werden. Gelegentlich sei hier berichtet, daß das Misrachi-Minjan an den hohen Feiertagen durch die Opferwilligkeit des Betpublikums einen hübschen Reingewinn brachte, so daß der hiesige neubegründete jüdische Kindergarten mit einem verhältnismäßig namhaften Betrage subventioniert werden konnte. Für das freundliche Wohlwollen, welches das Schöfersche Stamm-Minjan und ganz besonders Herr Markus Schöfer selbst dem Misrachi-Minjan im Tischri-Monate entgegenbrachten, sei an dieser Stelle der wohlverdiente Dank namens der guten Sache abgestattet. Freudig wird auch konstatiert, daß sich Herr Kultuspräsident Dr. Alois Hilf für die Notwendigkeit eines Misrachi-Vereines in Mährisch-Ostrau ausgesprochen hat. Wir dürfen hieran die Hoffnung knüpfen, daß der Kultusrat unseren Bestrebungen seine möglichste Förderung angedeihen lassen wird. Der Misrachi hat eine hohe und schwere Aufgabe zu erfüllen, und kann dieser nur dann gerecht werden, wenn ihn alle unsere hiesigen Glaubensgenossen, vor allem aber die konservativen Juden warmherzig unterstützen werden.

*

Deutsches Theater.

Spielplan:

Samstag den 5. November geht „Der Schwan" in Dauermiete, Folge 3 grün, in Szene.

Sonntag den 6. November halb 8 Uhr abends „Der Dieb", erstes Gastspiel Direktor Alfr. Huttig. (Dauermiete Folge 4 braun.)

Montag den 7. November bleibt das Theater geschlossen.

Dienstag den 8. November findet das zweite Gastspiel Direktor Alfred Huttig „Der Dieb" in Folge 1 rot statt.

Mittwoch den 9. November erster Festspielabend „Maria Stuart" und Donnerstag den 10. November zweiter Festspielabend „Rose Bernd". Der Vorverkauf für beide Abende beginnt Sonntag den 6. November um halb 10 Uhr an der Tageskassa.

Jüdischer Nationalfonds.

Ausweis 39.

Vom 15. bis 23. Oktober 1921.

Allgemeine Spenden.

Oderberg: Heitner, Czernowitz 50, Ad. Feuereisen, Ed. Pollak, S. Schanzer 20, Pinkus Schächner, Herm. Sachs, Dr. Mannheimer, Kohany jun. je 10, P. Stepper Telegrammüberzahlung 12, R. Diamant 6, Herm. Immerglück, E. Kruh, Emil Grauer, Dym, Kohany, Rosenzweig, je 5, M. Großmann, Jakob Krainer je 3, Kranzablösung anl. Beerdigungen: Bachner 50, Benj. Müller 30, Sonderling 10, Fr. Olga Müller anl. Todesfalls ihres Mannes 30, Sammlung beim Makabifest 70, Hochzeit Smetana 57.- zus. K 463.—

Pohrlitz: Thoraspenden: Herm. Schnabl, Max Haas je 20, Sigm. Haas, Rudolf Adler, Moritz Spitz, Rudolf Haas, Wilh. Adler je 10, Sigm. Nassau 5, zusammen K 95.—

Summe der allgem. Spenden K 558.—

Oelbaumspenden:

Gaya: Otto Wiltschek, Alois Platschek je 20, Robert Stein 10, Leo Cucka, Felix Stein je 5 zus. K 60.—

Oderberg: Zionistische Ortsgruppe spendet 10 Bäume a. N. des verdienstvollen Kultusvorstehers und Gründers der „Zion" Oderberg, Josef Zanker anl. des 60. Geburtstages K 300.—

Summe der Oelbaumspenden K 360.—

Neujahrsspenden:

Pohrlitz: Spezifikation J. V. Bl. Nr. 62 K 650.—

Korichovice: Goldmann K 30.—

Summe K 680.—

Sammelbüchsen:

Oderberg: Josef Smetana 14.70, Jakob Glaser 50, zusammen K 64.70

Pohrlitz: Emmy Bader 47, Paula Ellinger 40, Reserl Langer 36, Hermine Schnabl 25, Rudolf Adler 24, Paula Haas 22, R. Kobler 13, Edith Schnabl, Else Nassau, Trude Glaser, Marianne Schild je 10, Wilh. Butschowitz, Robert Stern je 9, Hilda Rosenbaum 8, Lilly Spitz, Julius Adler, Minna Altmann je 7, Johanna Nassau 6, Amalie Kraus, Else Wellner, K. Seidl, Frieda Mayer, Margit Neumann, Olga Wellner, Emil Hüttner, Finni Frankl je 5, div. unter 5, zusammen K 356.50

Summe K 421.20

Ausweis 39	K	2019.20
Zuletzt ausgewiesen	K	224.049.71
Gesamtsumme bis 23. Okt.	K	226.068.91

Materialien: Oderberg 508, Pohrlitz 8, zusammen K 516.—

Berichtigung: Im Ausweis 38 heißt es richtig: Privoz Sammelbüchse Dr. Leon Broß (nicht Groß) K 625.10.

Jüd.-Nat. Frauen- und Mädchenverein — „Miriam" in Mährisch-Ostrau. —

General-Versammlung

Montag, den 7. November 1921 um 8 Uhr abends. Lokal: „Goldener Krug"

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht über das abgelaufene Vereinsjahr.
2. Kassa-Bericht.
3. Arbeitsprogramm für das kommende Vereinsjahr.
4. Freie Anträge.
5. Neuwahlen des Ausschusses.

Grete Färber. Schriftführerin. — Martha Winterstein. Präsidentin.

„Allgemeiner Zeitungsverlag" Ges. m. b. H. — Verantwortlich Josef Stolle, Oderfurt.